

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Horst Teltschik
Aspekte der deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik

Dettmar Cramer
Ostpolitik auf der Waage

Arnold Hottinger
Rahmenbedingungen
deutscher Nahostpolitik

Kommentar und Replik
„AirLand-Battle“-Konzept

ISSN 0479-611 X

B 7-8/85
16. Februar 1985

Horst Teltschik, Dipl.-Pol., geb. 1940; Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und des Völkerrechts an der Freien Universität Berlin; 1968—1970 wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; 1970—1972 Leiter der Gruppe Außen- und Deutschlandpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1972—1976 Referent in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; 1977—1982 Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; seit Oktober 1982 Leiter der Abteilung für Auswärtige und Innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit im Bundeskanzleramt.

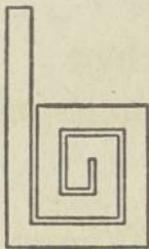
Veröffentlichungen: Aufsätze über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sowie über internationale Politik in verschiedenen Fachzeitschriften und Zeitungen.

Dettmar Cramer, Dr. jur., geb. 1929; 1960—1975 Redaktionsmitglied der Frankfurter Allgemeine Zeitung; in dieser Zeit Korrespondent in Berlin und in Bonn; bis 1981 Leiter des Studio Bonn von RIAS-Berlin; seitdem dessen Chefredakteur.

Veröffentlichungen u. a.: Deutschland nach dem Grundvertrag, 1973; gefragt: Egon Bahr, 1975; Bürgerrechte '77, 1977.

Arnold Hottinger, Dr. phil., geb. 1926; 1960—1961 Assistant Professor am Near East Center der UCLA, Los Angeles; seit 1961 Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung für den Nahen Osten, seit 1982 mit Sitz in Nikosia.

Veröffentlichungen u. a.: Die Araber, Zürich 1960; 12mal die Arabische Welt, München 1972; Allah heute, Zürich 1980. Zahlreiche Zeitschriftenaufsätze sowie Übersetzungen aus dem Arabischen.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Aspekte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Ost-West-Beziehungen

Am 10. Januar dieses Jahres gab der amerikanische Präsident Ronald Reagan seiner Hoffnung Ausdruck, „daß das Jahr 1985 sich zu einem Jahr des Dialogs und der Verhandlungen entwickeln wird, einem Jahr, das zu besseren Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion führt“.

Anlaß für diese Hoffnung gab die Vereinbarung zwischen dem amerikanischen Außenminister George Shultz und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko vom 8. Januar in Genf, in diesem Jahr Verhandlungen über atomare und Weltraumwaffen aufzunehmen. Ist dies ein neuer Silberstreifen am Horizont der Ost-West-Beziehungen, nachdem die Sowjetunion noch vor einem Jahr die Kriegsgefahr heraufbeschworen hatte?

Es ist „in der Tat lediglich ein Schritt“, erklärte der sowjetische Außenminister nach den Genfer Gesprächen. Wie auch immer, es war ein Schritt, auf den die ganze Welt gewartet und den sie mit Erleichterung begrüßt hat. Dies gilt im besonderen für die Europäer, in West und in Ost. Den Grund für dieses weltweite Aufatmen hat Gromyko in seiner Genfer Abschlusserklärung selber genannt: „Weiß doch die ganze Welt, daß vom Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in vieler Hinsicht die Situation in der Welt insgesamt abhängt.“ Wir in der Bundesrepublik Deutschland, an der Schnittlinie zwischen West und Ost, sind davon am unmittelbarsten betroffen, als Faktor wie als Interessent zugleich.

I. Die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland

1. Die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik

Vierzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 36 Jahre nach ihrer Gründung ist die Bundesrepublik Deutschland eine stabile Demokratie. Sie gehört zu den führenden Industrienationen der Welt. Ihr System der sozialen Sicherheit gilt als beispielhaft. Sie hat bisher alle Anfechtungen radikaler Gruppierungen von rechts und links, wirtschaftliche Strukturkrisen, soziale Krisenerscheinungen ohne substantielle Gefährdung ihrer Legitimität überwinden können. Die Regierungswechsel von 1969 und 1982 haben den demokratischen Ablöseprozeß von Regierung und Opposition gestärkt. International genießt die Bundesrepublik Deutschland hohes Ansehen.

Diese Stabilität nach innen bleibt ein wichtiges Kapital für die Außen- und Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland. Als ein Staat in der Mitte Europas und ohne natürliche Grenzen leben wir offen nach West und Ost. Aufgrund unserer Geschichte, unseres Bevölkerungspotentials, unserer Wirtschaftskraft, der geistigen Vitalität unseres Volkes und der stärksten konventionellen Armee bleiben wir unseren Nachbarn in West und Ost nicht gleichgültig und sie nicht uns.

Nach der Überwindung der Schrecknisse der nationalsozialistischen Diktatur und der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ist die Stärke unserer Demokratie, unserer marktwirtschaftlichen und sozialen Ordnung ein unverzichtbarer Faktor unserer Sicherheit nach außen. Sie machen uns zum natürlichen Partner der Demokratien in Europa und der freien Welt. Die Übereinstimmung in den demokratischen Grundwerten vermittelt Sicherheit nach beiden Seiten. Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Stabilität festigen das demokratische Fundament unseres Staates. Unsere Nachbarn wissen: Bonn ist nicht Weimar.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hochindustrialisiertes, jedoch rohstoffarmes Land, das davon lebt, daß fast die Hälfte seiner Produktion exportiert wird. Wir sind beinahe existentiell auf funktionierende und ausbaufähige wirtschaftliche Beziehungen mit grundsätzlich allen Ländern der Erde angewiesen. Für Rohstoffzufuhr und Warenausfuhr brauchen wir ungestörte See- und Luftverbindungen. Dies setzt natürlich auch — soweit wie möglich — gute politische Beziehungen voraus.

Einige wenige Zahlen sollen unsere weltwirtschaftliche Abhängigkeit verdeutlichen: Im

Gesamtumsatz von Ein- und Ausfuhr nimmt die Bundesrepublik im Welthandel Platz 2 ein, hinter den USA und vor Japan. Die Bedeutung des Exports für die deutsche Volkswirtschaft zeigt sich darin, daß sein Anteil am Bruttosozialprodukt 25,9% beträgt. Rechnet man die Dienstleistungen hinzu, betrug 1984 die Exportquote 34%. Damit stehen wir an der Spitze aller westlichen Industrieländer, weit vor den USA (10,5%), Japan (17%) und Frankreich (22%). Und mehr als 30% der Beschäftigten in der deutschen Industrie sind für den Export tätig; d. h. jeder dritte Arbeitsplatz ist bei uns vom Export abhängig.

Wichtige Rohstoffe wie Eisen, Kupfer, Mangan, Zinn, Chrom, Titan, Nickel u. a. werden zu 100% eingeführt.

Zur Förderung des Exports haben die Bundesregierungen Garantien und Bürgschaften für Ausfuhrgeschäfte und gebundene Finanzkredite an ausländische Schuldner von gegenwärtig insgesamt 195 Mrd. DM gewährt. Im Vergleich dazu beträgt das Gesamtvolumen des Haushalts 259,3 Mrd. DM. Das Haushaltsrisiko ist angesichts der internationalen Verschuldungskrise vieler Länder offensichtlich.

Angesichts dieser außenwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland, angesichts der Tatsache, daß jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängig ist und angesichts von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen beantwortet sich die Frage von selbst, in welchem Ausmaß die Außenpolitik die Außenwirtschaftsinteressen unseres Landes berücksichtigen muß. Die Wechselwirkung oder Interdependenz zwischen der Innen- und Außenpolitik ist unübersehbar.

2. Die deutsche Frage

Deutschland ist ein geteiltes Land. Die Folgen sind unübersehbar: Millionen von Deutschen sind die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Die Insellage West-Berlins, Mauer und Stacheldraht symbolisieren am stärksten und nachhaltigsten die Widernatürlichkeit der Teilung Deutschlands. Sie führen seit 40 Jahren immer wieder zu Spannungen und Konflikten. Wir können versuchen, sie zu mildern, sie zu regeln. Dauerhaft beseitigen können wir sie nur, wenn wir die Ursache selbst überwinden, wenn nicht heute, dann morgen oder übermorgen.

Ein geteiltes Volk wird immer wieder die Frage nach seiner Identität stellen, solange ihm die Selbstbestimmung als Ganzes verweigert wird; schon gar, wenn es sich um ein so geschichtlich reiches und geistig vitales Volk wie die Deutschen in der Mitte Europas han-

delt. Wenn es nicht unsere Generation tut, dann die nächste oder übernächste.

Viele fragen sich heute, warum die deutsche Frage plötzlich wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt ist. Die Ursachen sind vielfältig. Sie liegen auch in der Politik der DDR begründet, die, auf der Suche nach einer eigenen nationalen Identität als Ersatz für ihre fehlende demokratische Legitimität, immer stärker die gemeinsame deutsche Geschichte und Kultur bemüht, wenn sie Friedrich des Großen, Gneisenaus, Luthers, Goethes oder Bachs gedenkt.

Und wenn andere ost- und südosteuropäische Staaten immer offensichtlicher ihren eigenen nationalen Weg suchen, ist es nicht verwunderlich, daß diese Anstrengungen besonders bei uns Widerhall finden. Aber auch die verstärkte Diskussion über das Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa wie die Bemühungen um eine engere politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft werfen erneut die Frage nach der Zukunft der Deutschen auf. Angesichts dieser internationalen Entwicklungen wäre es doch eher überraschend, wenn die Deutschen ihr eigenes Schicksal unberührt ließe.

Darüber hinaus bleiben alle Verfassungsorgane dem Auftrag des Grundgesetzes verpflichtet, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Auch die drei Westmächte haben sich in Art. 7 des Deutschlandvertrages verpflichtet, „bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung zusammenzuwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung besitzt und in die Europäische Gemeinschaft integriert ist“.

Die deutsche Frage hat den Deutschen nie allein gehört. Sie liegt heute weniger denn je allein in unseren Händen. Ungeachtet der Teilung unseres Vaterlandes ist sie noch immer eine Kernfrage Europas. Es ist die Frage: Wohin gehören die Deutschen? Die Antwort darauf hat in der Geschichte entscheidend das Schicksal unserer Nachbarn in Europa mitbestimmt. Und das gilt auch für die Zukunft.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die deutsche Frage als Thema einseitig nur auf ein bestimmtes politisches Spektrum beschränkt bleiben könnte, zu glauben, es sei nur ein Problem der politischen „Rechten“, insbesondere der Vertriebenen und Flüchtlinge, die deshalb innenpolitisch wie

international isoliert werden müßten. Die deutsche Frage kann mit gleicher Nachdrücklichkeit auch von der politischen „Linken“ gestellt werden. Ansätze dazu gibt es bereits. Die Friedensbewegung und die Grünen haben längst die deutsche Frage auch für unsere Nachbarn neu gestellt, in dem Sinne: Wohin treiben die Deutschen?

Und wenn allein 1984 über 40 000 Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt sind, so bilden auch sie, die sie Verwandte und Freunde zurückgelassen haben, ein Potential, das eine neue Dynamik in die öffentliche Diskussion einführen kann.

Alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland müssen sich deshalb gleichermaßen dazu aufgerufen fühlen, gemeinsame Antworten und Wege zu finden, die eine Politik der Vernunft möglich machen und jeden Extremismus — von links oder rechts — verhindern. Und dies muß auch die Unterstützung unserer Nachbarn finden, in West, aber auch in Ost.

Deutschlandpolitik kann immer nur gewaltlose Politik sein. Wir alle wissen, daß wir die ungelösten Fragen nur gemeinsam mit unseren Nachbarn und nicht gegen sie lösen können und daß wir besonders auf die Einsicht der Sowjetunion angewiesen sind.

40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges verläuft noch immer mitten durch Deutschland die Schnittlinie zwischen West und Ost, wie sie sich nach Kriegsende herausgebildet hat, bestimmt von dem Kräfteverhältnis und den Konflikten zwischen den beiden Bündnissystemen des Warschauer Paktes und der Nordatlantischen Allianz unter Führung der beiden Weltmächte Sowjetunion und USA. Dieser Ost-West-Konflikt ist nach wie vor ein dominierender Faktor in der internationalen Politik, nicht nur für Europa, sondern weltweit.

Als sich in den sechziger Jahren das Schisma der beiden kommunistischen Großmächte Sowjetunion und China verfestigte und sich immer mehr Staaten von ihrer kolonialen Vorherrschaft lösten und im Rahmen der Blockfreien-Bewegung in wachsendem Maße als selbständiger Faktor aufzutreten begannen, schien es, daß sich das bis dahin beinahe alles beherrschende bipolare System der beiden Weltmächte allmählich auflockern würde. Es war die Rede von der Entwicklung eines

Die sowjetische Führung weiß, daß die deutsche Frage nicht dauerhaft gelöst ist. Angesichts ihrer Macht und ihres Selbstbewußtseins sollte sie deshalb dieses Problem nicht länger als eine Bedrohung ihrer Sicherheit oder als Herausforderung ihrer politischen Stärke verstehen. Sie sollte sich mit aufgerufen fühlen, nach politischen Lösungen zu suchen, die den Frieden in ganz Europa dauerhaft sichern können.

3. Äußere Sicherheit

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in zahlreichen zweiseitigen wie mehrseitigen Verträgen und Vereinbarungen dazu verpflichtet, weder Gewalt anzudrohen noch anzuwenden. Sie hat freiwillig auf die Produktion wie auf die Verfügung über ABC-Waffen verzichtet. Obwohl sie heute über die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa verfügt, kann sie ihre äußere Sicherheit nicht allein garantieren. Wir sind und bleiben auf den nuklearen Schutz der USA und auf die Beistandsverpflichtungen unserer Partner im westlichen Bündnis angewiesen. Dies gilt im besonderen für West-Berlin. Es ist deshalb unser eigenes vitales Interesse, die freundschaftlichen Beziehungen mit den USA lebendig und das NATO-Bündnis funktionsfähig zu halten.

II. Die Natur des Ost-West-Konfliktes

gleichschenkligen Mächtedreiecks zwischen USA, Sowjetunion und China als die ungleiche Seite oder von einem pentagonalen System, das Westeuropa und die Dritte Welt einschloß. Doch bis heute ist die Bipolarität, der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, für die internationale Politik im allgemeinen, für Europa im besonderen bestimmend geblieben.

Die Volksrepublik China befindet sich in einer eindrucksvollen inneren Umbruchphase, deren Ergebnisse noch nicht abzusehen sind. Niemand zweifelt aber daran, daß sie eine potentielle Weltmacht ist. Die Europäische Gemeinschaft ist in den letzten 15 Jahren in der politischen und wirtschaftlichen Integration keinen substantiellen Schritt vorangekommen, um als eigenständige und gewichtige Größe ein bestimmender Faktor der internationalen Politik sein zu können. Und die Dritte Welt ist nur gelegentlich in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen einheitlich aufgetreten. Es wäre ein großer politischer Fehler, die Komplexität der

Staaten der Dritten Welt außer acht zu lassen. Begriffe wie „Schwellenländer“ und „Vierte Welt“ oder die politische Renaissance des Islam bestätigen die Notwendigkeit verstärkter Differenzierung.

Geblieben ist der Ost-West-Konflikt. Er wird im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt:

— von der machtpolitischen Rivalität zweier Weltmächte und

— von dem ideologischen Konflikt der antagonistischen, d. h. sich gegenseitig ausschließenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme, von dem Konflikt zwischen der freiheitlichen demokratischen Ordnung und dem kommunistischen Herrschaftssystem.

Beide Weltmächte sind kontinentale Mächte, militärisch hochgerüstet, wirtschaftlich weitgehend autark. Sie verfolgen ihre Interessen mit weltweitem Anspruch. Ihre militärische Rüstung ist global ausgerichtet. Seit den sechziger Jahren besteht im nuklear-strategischen Bereich Parität. Beide sind politische und militärische Führungsmächte innerhalb ihrer Bündnissysteme. Dieser machtpolitische Rangkonflikt im weltweiten Rahmen erhält seine gefährliche Brisanz durch die Kopplung mit dem ideologischen Konflikt und verleiht ihm seine Dauerhaftigkeit und Dynamik.

Für die sowjetische Führung ist die marxistisch-leninistische Ideologie Rechtfertigung und Antrieb ihrer Politik zugleich, nach innen wie nach außen. Die Ideologie legitimiert den totalen Machtanspruch einer Einpartei-Herrschaft nach innen; sie legitimiert im Rahmen des proletarischen Internationalismus die Kontrolle im sowjetischen Herrschaftssystem und sie dient der Rechtfertigung der expansiven Machtpolitik Moskaus im weltweiten Rahmen, ob in Afghanistan, Kuba, Angola oder Äthiopien. Die Ideologie bleibt somit ein wichtiges Herrschafts-, Kontroll- und Interpretationsinstrument der sowjetischen Politik. Und sie wird immer dann zum Antrieb, wenn es gilt, sozialistische „Errungenschaften“ zu sichern oder sogenannte Befreiungsbewegungen zu unterstützen.

Wir bleiben deshalb mit einer Macht konfrontiert, die von der Prämisse ausgeht, daß der Konflikt der Systeme unüberwindbar ist, und die eine Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verfolgt, die die Einflußnahme auf die innere Entwicklung durch politischen Klassenkampf und ideologische Konfrontation ausdrücklich einschließt. Entscheidend für Frieden und Sicherheit in West und Ost

bleibt, in welcher Form sich dieser ideologische Gegensatz auf die zweiseitigen wie multilateralen Beziehungen auswirkt und wie dieser ständige potentielle Konflikt von beiden Seiten kontrolliert werden kann. Die Gefahr ist zu groß, Gefangener seiner eigenen Ideologie und Propaganda zu werden.

Dieser Ost-West-Konflikt hat zu einem Wettrennen geführt, das zu einer ständigen Quelle von Spannungen, Unsicherheiten und gegenseitigen Verdächtigungen geführt hat. Ganz zu schweigen von den materiellen Kosten, die dadurch den Völkern auferlegt wurden. Beide Seiten verfügen über eine mehrfache nukleare Zerstörungskraft, über die Kapazität des Zweitschlages und über das Wissen, daß ein nuklearer Einsatz nicht begrenzt und nicht kontrollierbar ist. Es wird keinen Sieger mehr geben.

Der globale Anspruch der Sowjetunion, ihr Anspruch auf Gleichheit und gleiche Sicherheit gegenüber der Weltmacht USA, ihr Anspruch auf ideologischen Kampf gegenüber den demokratischen Gesellschaftsordnungen des Westens stellen eine ständige Herausforderung für die politische Stabilität und für die Sicherheitsinteressen Westeuropas und damit vor allem der Bundesrepublik Deutschland dar. Das Ziel der Parität der Sowjetunion mit den USA hat zur Superiorität in Europa geführt, nicht nur im nuklearen Bereich: Die sowjetische Aufrüstung mit der nuklearen Mittelstreckenrakete SS 20 war für die Sicherheitsbedürfnisse Moskaus in Europa schlicht überflüssig.

Die politischen Wirkungen schienen der Sowjetunion jedoch Erfolg zu versprechen. Das Entstehen der Friedensbewegung, die Angstpsychose, die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland ausgelöst wurde, die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Nachrüstung, die Verfechter einseitiger westlicher Abrüstung, des Austritts aus der NATO, dies alles wollte die sowjetische Führung als Erfolg verbuchen.

Doch die Kurzsichtigkeit dieser Politik ist augenfällig. Wenn die sowjetische Führung das Schreckgespenst einer „imperialistischen Einkreisung“ befürchtet, dann hat sie selbst mit ihrer Rüstungs- und Expansionspolitik kräftig dazu beigetragen. Die SS 20 hat zu einer politischen Annäherung zwischen Japan und der Volksrepublik China und zwischen Japan und der Atlantischen Allianz geführt. Die Atlantische Allianz ist gefestigter denn je. Der Westen hat seine Option auf das Gleichgewicht gewahrt und wird das auch in Zukunft tun.

Das globale Gleichgewicht kann nicht stabil sein, solange ein regionales Ungleichgewicht

fortbesteht oder bewirkt wird. Dies gilt vor allem für uns Europäer und dies gilt auch im konventionellen Bereich. Sicherlich gilt die konventionelle Überrüstung der Sowjetunion auch der Kontrolle ihres eigenen Machtbereiches. Die sowjetische Führung muß jedoch wissen, daß sie damit zugleich die Sicherheitsinteressen der Westeuropäer unmittelbar berührt.

Westeuropa sieht sich heute im Osten nicht mehr mit einem Monolithen stalinistischer Prägung konfrontiert. Die Sowjetunion selbst ist vielfältigen inneren Herausforderungen ausgesetzt. Ihre Verbündeten verfolgen in immer stärkerem Maße ihre eigenen nationalen Interessen. Ausmaß und Methoden variieren von Land zu Land. Diese Entwicklung birgt für den Westen Chancen und Gefahren. Sie bietet die Chance eines evolutionären Wandels im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Sie bietet die Chance zu mehr Dialog, zu mehr Zusammenarbeit, zu immer mehr Verständigung. Konflikte können lösbarer werden, wenn sie aus ihrer ideologischen Gefangenschaft befreit werden. Wir müssen alles tun, diesen Prozeß zu fördern.

Die Gefahr besteht darin, daß die Sowjetunion diesen Prozeß als Gefährdung ihrer Macht und ihrer Sicherheit mißverstehet und dogmatisch reagiert mit verstärkter politischer Kontrolle und verstärkter Rüstung, und daß sie nicht erkennt, daß sich damit die Chancen für einen stärkeren Interessenausgleich zwischen West und Ost erhöhen und damit ihren eigenen Sicherheitsinteressen dienen und den Frieden sichern helfen.

Aus diesem Gesamtbild ergibt sich, daß wir es

als Bundesrepublik Deutschland mit einer höchst unstabilen Außenwelt zu tun haben. Aufgrund unserer europäischen Mittellage, aufgrund unserer politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sind gerade wir Deutschen aufgefordert, eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben und unsere nationalen Interessen in Europa, im Atlantischen Bündnis und weltweit offensiv zu vertreten.

Als geteiltes Land, als unmittelbar Betroffene des Ost-West-Konflikts brauchen wir mehr als andere Freunde und Partner. Als hochindustrialisiertes, aber in hohem Maße außenwirtschaftlich abhängiges Land sind wir auf weltweite Wirtschaftsbeziehungen angewiesen. Als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses und als eine der führenden Industrienationen der Welt sind wir — ob wir es wollen oder nicht — eine beträchtliche weltwirtschaftliche und, in Grenzen, auch eine weltpolitische Größe geworden. An uns stellen daher immer mehr Völker wachsende Erwartungen — ganz gleichgültig wiederum, ob uns dies gefällt oder nicht oder ob diese Erwartungen in manchen Fällen zu hoch gespannt sind.

Wir sind ein wichtiger Faktor der internationalen Gemeinschaft, ein mit ihr besonders eng verflochtener und damit zugleich ein von ihr besonders abhängiger Bestandteil. Es wäre deshalb wirklichkeitsfremd zu glauben, daß wir Frieden, Freiheit, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand sichern können, wenn wir uns auf uns selbst konzentrieren. Unsere nationalen Interessen verlangen von uns heute ein weltweites Engagement, das viele Bürger bei uns immer noch nicht wahrhaben wollen.

III. Sicherheit und Verständigung — Konstanten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

Angesichts der unstabilen Außenwelt muß sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vorrangig darauf konzentrieren, auf die Ost-West-Beziehungen in vielfältiger Weise konstruktiv einzuwirken. Dies muß in zweifacher Weise geschehen:

— Wir müssen ständige Vorsorge für unsere äußere Sicherheit treffen.

— Wir müssen gleichzeitig durch Dialog, Zusammenarbeit und Verhandlungen ein produktives Verhältnis zwischen den Staaten in Ost und West anstreben.

Dies sind die beiden unverzichtbaren Grundelemente deutscher Außen- und Sicherheits-

politik. Sie bedingen sich gegenseitig. Wer die Sicherheit vernachlässigt, entzieht der Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit die Grundlage. Wer die Politik der Verständigung in Frage stellt, gefährdet unsere Sicherheit. Diese beiden Elemente stehen in einer engen Wechselwirkung. Die Atlantische Allianz hat diese Prinzipien vor über einem Jahrzehnt im Harmel-Bericht verankert. Sie sind zuletzt bestätigt worden in der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl und des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan anläßlich ihrer Gespräche am 30. November 1984 in Washington.

1. Sicherheit durch Gleichgewicht

Die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr das freie Europa sind konfrontiert mit dem ständig wachsenden konventionellen und nuklearen Rüstungspotential des Warschauer Paktes. Diese militärische Überrüstung ist nicht nur Ausdruck eines übersteigerten Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion. Sie dient darüber hinaus der militärischen und damit politischen Kontrolle sowohl des sowjetischen Vielvölkerstaates wie des sowjetischen Herrschaftsbereiches. Sie ist Ausdruck einer Politik mit weltpolitischem Anspruch und der Gleichheit gegenüber der Weltmacht USA. Die Nachkriegsgeschichte hat bewiesen, daß die Sowjetunion bis zum heutigen Tag bereit ist, politische Kontrolle und Einfluß mit militärischen Mitteln zu gewinnen und militärische Überlegenheit als politisches Drohinstrument einzusetzen, in Europa wie weltweit.

Frieden und Sicherheit in Europa wie zwischen West und Ost im allgemeinen bleiben deshalb nur so lange garantiert, wie ein ungefähres Gleichgewicht zwischen beiden militärischen Paktsystemen gewährleistet ist. Dies gilt im weltweiten Maßstab und muß für uns in Europa gelten. Regionale Ungleichgewichte gefährden das weltweite Gleichgewicht.

Militärisches Gleichgewicht in Europa setzt voraus, daß die Europäer selbst und damit wir in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen unserer Möglichkeiten für die notwendige militärische Verteidigungskapazität Sorge tragen. Das militärische Potential Westeuropas wird dafür auf absehbare Zeit nicht ausreichen. Wir brauchen den nuklearen Schirm der USA und die Zusammenarbeit innerhalb der Nordatlantischen Allianz. Die NATO ist damit für uns ein unverzichtbares Fundament unserer Sicherheitspolitik.

Mit dieser Feststellung allein ist es jedoch nicht getan. Das Atlantische Bündnis kann nur funktionieren, solange sich alle Mitgliedstaaten ihrer politischen Prinzipien bewußt bleiben, auf denen die Partnerschaft beruht: auf den Prinzipien der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte. Sie stellen das Bindemittel dar und müssen ihren konkreten Ausdruck in der gemeinsamen Politik finden.

Das gemeinsame militärische Potential dient der Verteidigung dieser Prinzipien. Damit wird der Verteidigungscharakter des Bündnisses deutlich und verhindert, daß die militärische Stärke des Westens zu einem Bedrohungselement in der internationalen Politik und im Ost-West-Verhältnis im besonderen

degeneriert. Mit militärischer Stärke allein kann das westliche Bündnis alles verlieren. Erst die politische Übereinstimmung verleiht der Atlantischen Allianz Stärke und Überzeugungskraft nach innen wie nach außen. Dies setzt aber auch gleichberechtigte Partnerschaft und eine ausgewogene Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses voraus. Sie kann nur auf der Grundlage enger Konsultationen gedeihen. Dies erfordert einen ständigen Prozeß der Abstimmung und der wechselseitigen Verständigung.

Mit der Durchführung des Doppelbeschlusses hat das westliche Bündnis bewiesen, daß es nicht bereit ist, einseitige Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost hinzunehmen. Es hat zugleich bewiesen, daß es die Kraft und die Entschlossenheit besitzt, einen gemeinsamen Beschluß, der den Sicherheitsinteressen der Bündnispartner entspricht, trotz vehementer Drohgebärden der Sowjetunion und trotz innenpolitischer Turbulenzen durchzusetzen, wenn eine Lösung auf dem Verhandlungswege am Widerstand der Sowjetunion scheitert.

Mit der Verweigerung einer Verhandlungslösung hat die sowjetische Führung die Glaubwürdigkeit des westlichen Bündnisses herausgefordert. Hätte das Bündnis dem Druck Moskaus und der „Straße“ nachgegeben, dann hätte der freie Westen weltweit kundgetan, daß er nicht in der Lage ist, eine Entscheidung durchzuführen, die dem eigenen Sicherheitsbedürfnis entspricht. Sowohl die USA wie die Europäer wie das Bündnis im gesamten hätten international entscheidend an Vertrauen und Überzeugungskraft verloren. Das Bündnis hat diese Bewährungsprobe bestanden und ist gestärkt aus ihr hervorgegangen. Dabei haben sich zwei Faktoren als wesentlich erwiesen:

— das enge Vertrauensverhältnis zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Administration und

— das enge Zusammenwirken und die gegenseitige Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens.

Das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl und zwischen beiden Administrationen haben zu ständigen und sehr intensiven bilateralen und Bündniskonsultationen geführt. Auf diese Weise konnte die Bundesregierung in entscheidendem Maße auf die amerikanischen Verhandlungsvorschläge bei den Genfer INF-Verhandlungen Einfluß nehmen. Und beide Seiten haben daraus gelernt, daß diese Konsultationen nicht nur den Verhandlungen

selbst, sondern auch den jeweiligen Regierungen zu Hause wie dem Bündnis insgesamt zugeute kamen.

Das enge freundschaftliche Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland und das unmittelbare politische Zusammenwirken hat nicht zu mehr Abhängigkeit der Bundesregierung von der amerikanischen Regierung geführt, sondern zu mehr Einfluß und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Deutschen in Washington. Wir haben damit auch nicht an Gewicht gegenüber der Sowjetunion und in der internationalen Politik verloren. Im Gegenteil: Unser Gewicht ist gewachsen. Wer den Konflikt mit den USA sucht, um damit seine Unabhängigkeit unter Beweis zu stellen, verliert nicht nur Vertrauen und damit Einfluß in Washington, sondern verstärkt damit auch die ständigen Versuchungen der sowjetischen Führung, vermeintliche Widersprüche im westlichen Bündnis für die eigenen Interessen zu nutzen und Keile zwischen die USA und ihre europäischen Bündnispartner treiben zu wollen.

Das Gewicht der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion mißt sich daher vor allem an der Intensität unseres Zusammenwirkens mit den USA und an der Geschlossenheit des Bündnisses. Damit verstärken wir unsere Einwirkungsmöglichkeiten in Washington, im Bündnis und damit auch auf die Ost-West-Beziehungen. Die Bundesregierung ist international gerade auch deshalb ein gesuchter Gesprächspartner, weil man um ihre Freundschaft und ihren Einfluß in Washington weiß.

Die zweite wichtige Bestätigung, die die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren erfahren hat, waren die politischen Vorteile, die sich aus der eindrucksvollen Übereinstimmung im besonderen zwischen der französischen, der britischen und der Bundesregierung ergaben. Die uneingeschränkte Unterstützung von Paris hat den Handlungsspielraum der deutschen, der britischen wie der italienischen Regierung in der Durchsetzung der sicherheitspolitischen Interessen innen- und außenpolitisch entscheidend vergrößert und kam allen Partnern zugute. Daraus erwuchs auch das gemeinsame Interesse, die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auszubauen. Sichtbarer Ausdruck dafür ist auch der Versuch, die Westeuropäische Union wiederzubeleben.

2. Sicherheit durch Abschreckung

Das ungefähre Gleichgewicht zwischen West und Ost hat in den letzten 40 Jahren dazu bei-

getragen, den Frieden in Freiheit zu sichern. Es ist ein Gleichgewicht durch Abschreckung. Beide Seiten verfügen über das nukleare Potential des Zweitschlages. Beide Seiten wissen, daß eine nukleare Auseinandersetzung die Apokalypse bedeutet. Angesichts der angehäuften Waffenarsenale bedeutet jedes Rüsten mit dem Ziel der Überlegenheit die Fortsetzung der Rüstungsspirale. Ein solches Wettrüsten schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit und ist damit ein Irrsinn in sich selbst.

Trotz der nuklearen strategischen Parität zwischen den USA und der Sowjetunion hat die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 jedoch bewiesen, daß die Versuchung anhält, sich einseitige Vorteile auch im nuklearen Bereich zu verschaffen. Und niemand sollte vergessen, daß diese Aufrüstung zu einem Zeitpunkt begonnen hatte, als in den siebziger Jahren mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki und mit den zweiseitigen Ostverträgen der Höhepunkt der Entspannungspolitik zwischen West und Ost erreicht schien.

Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich auch das konventionelle Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes. Es war deshalb nicht überraschend, daß die öffentliche Diskussion darüber ausbrach, ob wir uns immer mehr einer nuklearen Katastrophe nähern. Auch die notwendig gewordenen Gegenmaßnahmen des westlichen Bündnisses zur Sicherung des Gleichgewichts haben bei manchen Bürgern die Ängste nur vermehrt. Die Sowjetunion hat das ihrige dazu getan, die Nachrüstung des Westens als Störung des Friedens zu verteufeln.

Damit sind alle politisch Verantwortlichen herausgefordert, schwierigste und häufig widersprüchliche Fragen zu beantworten: Kann die Strategie der Abschreckung auch in Zukunft den Frieden sichern? Wächst mit der weiteren Anhäufung und Fortentwicklung der nuklearen Systeme die Gefahr, begrenzte nukleare Kriege führen zu können? Wächst die Gefahr, daß der Einsatz nuklearer Waffen außer Kontrolle gerät und damit der berühmte Fingerdruck auf den roten Knopf durch Zufall, Mißverständnisse oder Fehleinschätzung wahrscheinlicher wird? Erhöht das konventionelle Ungleichgewicht zugunsten des Ostens nicht die Gefahr eines Krieges mit konventionellen Mitteln in Europa, weil die Sowjetunion glauben könnte, daß die nukleare Abschreckung aufgrund der strategischen Parität beider Weltmächte nicht mehr wirksam ist und eine konventionelle Aggression somit erfolgreich sein könnte? Oder

führt das konventionelle Ungleichgewicht nicht dazu, daß der Westen gezwungen sein könnte, zu früh nuklear zu reagieren?

Das westliche Bündnis hat wichtige Schritte eingeleitet, die Handlungsfähigkeit der Allianz in vollem Umfang zu erhalten und die Abschreckung auf allen Ebenen zu stärken. Auf ihren Herbsttagungen 1984 hat die NATO beschlossen, die konventionelle Komponente zu stärken, um damit die Nuklearschwelle anzuheben. Gleichzeitig hat sie begonnen, 2 400 nukleare Kurzstreckensysteme einseitig abzubauen. Die entscheidenden Initiativen bleiben aber die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen zwischen West und Ost auf allen Ebenen.

3. Sicherheit durch Abrüstung und Rüstungskontrolle

Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl haben in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 30. November 1984 noch einmal das politische Konzept des Nordatlantischen Bündnisses bekräftigt, daß „Abschreckung und Verteidigung zusammen mit Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile ihrer Sicherheitspolitik sind“.

Am 8. Januar dieses Jahres haben die USA und die Sowjetunion vereinbart, „wirksame Übereinkünfte auszuarbeiten, deren Ziel es ist, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die atomaren Waffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu festi-

IV. Politische Entspannung durch Dialog, Zusammenarbeit und Verständigung

Enttäuscht über die bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik kann nur der sein, der die Ursachen der Spannungen niemals richtig eingeschätzt oder der geglaubt hat, sie seien in wenigen Jahren zu überwinden. Was wir heute erreichen können und müssen, ist die Begrenzung und Kontrolle von Spannungen und Konflikten. Darüber hinaus müssen wir uns auf die Interessen konzentrieren, die Ost und West gemeinsam sind. Neues Vertrauen zwischen West und Ost kann nur gewonnen werden, wenn wir auf der Grundlage gemeinsamer Interessen den ständigen Dialog führen und Zusammenarbeit ermöglichen.

Deutsche Ostpolitik kann nicht isoliert betrieben werden. In welchem starkem Maße sie vom Gesamtverhältnis zwischen West und Ost abhängig ist, konnten wir im zurückliegenden Jahr erleben, als Generalsekretär Ho-

gen“. Diese Verhandlungen im Rahmen der drei vereinbarten Foren wie alle generellen Bemühungen müssen „zur Begrenzung und Verringerung der Rüstung zur vollständigen und allseitigen Beseitigung von Kernwaffen führen“.

Seit über zehn Jahren wird in Wien über den Truppenabbau in Mitteleuropa im Rahmen von MBFR verhandelt. Seit einem Jahr wird in Stockholm eine Einigung über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) angestrebt. In Genf wird um ein nachprüfbares, umfassendes und weltweites Verbot chemischer Waffen gerungen. Nimmt man die Genfer Abrüstungskonferenz hinzu, ergibt sich ein hoffnungsvolles Bild umfassender Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen. Doch der Weg zu konkreten und damit wirksamen Vereinbarungen ist noch weit. Viel Geduld und zähes Ringen wird erforderlich sein. Angesichts der Schwierigkeit und Komplexität der Probleme müssen wir auch in Zukunft mit Rückschlägen rechnen.

Überall dort, wo die Bundesregierung mit am Verhandlungstisch sitzt, hat sie die westlichen Vorschläge initiiert und weiterentwickelt. Mit gleichem Nachdruck wird sie die deutschen und europäischen Interessen auf den anderen Foren einbringen, um Ergebnisse zu ermöglichen und mitzubestimmen. Erfolge werden sich aber nur einstellen, wenn sich auch die politischen Beziehungen zwischen Ost und West konstruktiv entwickeln.

necker und der bulgarische Präsident Schiwkow kurzfristig ihre vereinbarten Besuche in der Bundesrepublik Deutschland verschieben mußten. Die Ost-West-Beziehungen bleiben maßgeblich von dem Ausmaß der Verständigung zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion bestimmt.

1. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen müssen verbessert werden

Nichts kann den Dialog und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington ersetzen. Als Grundlage der Beziehungen fordert die UdSSR die Anerkennung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Präsident Reagan hat in der gemeinsamen Erklärung mit Bundeskanzler Kohl bestätigt, daß der Ost-West-Dialog „auf der Anerkennung gegenseitiger legitimer Sicherheitsinteressen beruhen und auf der

Grundlage der Gleichberechtigung aller Beteiligten geführt werden" muß. Beide Seiten müssen auf militärische Potentiale verzichten, die über die legitimen Verteidigungserfordernisse hinausgehen, und das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt strikt einhalten. Es darf keinen Anspruch einer Seite auf militärische Überlegenheit geben.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien, wie sie auch in der Schlußakte von Helsinki ihren Ausdruck gefunden haben, müssen die Beziehungen gestaltet werden. Präsident Reagan hat der sowjetischen Führung „regelmäßige Gespräche und Zusammenkünfte auf hoher Ebene“ angeboten, die den Willen beider Seiten zeigen würden, „in Fragen des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Stabilität zusammenarbeiten“ zu wollen. Dies schließt Gespräche über regionale Krisen und wirtschaftliche Zusammenarbeit ein. Inzwischen hat der amerikanische Sicherheitsberater McFarlane gemeinsame Gespräche über die Nahost-Probleme angekündigt. Ebenso hat vor kurzem ein intensives Gespräch zwischen Washington und Moskau über die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen stattgefunden. Damit haben beide Seiten auf der politischen, sicherheitspolitischen wie wirtschaftlichen Ebene wichtige Signale gesetzt. Doch dieser Dialog bliebe ein Torso, wenn er nicht seine Ergänzung in der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Mitgliedern beider Bündnissysteme fände.

2. Deutsche Ostpolitik

Bei seinem letzten Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl hat Präsident Reagan die „anhaltenden Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um Dialog und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und allen Staaten Mittel- und Osteuropas begrüßt“. In seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl als politisches Ziel erklärt, „eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes“ erreichen zu wollen und die Gespräche „auf allen Ebenen“ zu führen und, wenn möglich, zu vertiefen. Dieser Dialog sollte „mit einer gewissen Regelmäßigkeit“ erfolgen.

Seit 1983 haben der Bundeskanzler und Außenminister Genscher mehrfach Gespräche mit den sowjetischen Generalsekretären Andropow und Tschernenko, mit Ministerpräsident Tichonow, Verteidigungsminister Ustinow und Außenminister Gromyko geführt. In allen seinen Gesprächen hat Bundeskanzler

Kohl erklärt, daß die Sowjetunion für die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Nachbar im Osten bleibt.

Deutsche Ostpolitik ist in dem Augenblick zum Scheitern verurteilt, wenn sie den Versuch unternehmen würde, Politik an Moskau vorbei zu betreiben oder einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegenüber Moskau oder untereinander ausspielen und sogenannte Sonderverhältnisse entwickeln zu wollen.

Die Bundesregierung hat auch zu keinem Zeitpunkt Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Grundlage ihrer Ostpolitik alle geschlossenen Verträge sind, „nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen“. So heißt es in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983. Dabei geht es nicht nur um eine Respektierung der Ostverträge. Dies ist bare Selbstverständlichkeit. Die Verträge sollen vielmehr als Instrumente zur Fortentwicklung der Beziehungen genutzt werden. Die Bundesregierung bleibt fest entschlossen, ihren Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konflikts zu leisten.

Doch die Ostpolitik der Bundesregierung wie des Westens insgesamt kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den angesprochenen Regierungen des Warschauer Paktes ein positives Echo erfährt. Der gute Wille einer Seite allein reicht nicht aus. Die konstruktive Gestaltung bilateraler wie multilateraler Ost-West-Beziehungen kann nur gelingen, wenn beide Seiten aufeinander zugehen, wenn beide Seiten Gespräche und Verhandlungen nicht mit Vorbedingungen belasten. Keine Seite darf der anderen etwas zumuten, was sie nicht will, daß es ihr zugemutet wird. Angesichts der vielfältigen fundamentalen Gegensätze werden spektakuläre Ergebnisse die Ausnahme bleiben und Kompromisse die Regel. Jedoch ist jeder kleine Schritt vorwärts besser als gar keiner und mit Sicherheit besser als jeder Rückschritt. Aber auch ein solcher kann in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Dialog und Zusammenarbeit setzen aber auch ein bestimmtes Klima im Umgang miteinander voraus. Einmischungen in die inneren Verhältnisse des anderen Partners oder Kampagnen, die die Gegenseite zu diffamieren versuchen, wirken sich zwangsläufig negativ auf alle Ebenen der Beziehungen aus, auch auf die wirtschaftliche. Niemand will und soll die Gegensätze zwischen West und Ost totschweigen, aber die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber erfordern einen Stil, der sachlich bleibt, der nicht persönlich verletzend wirkt, der nicht zur Verschärfung der

Lage beiträgt, sondern der anderen Seite deutlich macht, daß es in ihrem Interesse liegt und im Interesse konstruktiver internationaler Beziehungen ist, solche Mißstände zu beseitigen.

Die beste Grundlage für Dialog, Zusammenarbeit und Verständigung bilden gemeinsame Interessen. Wir können deshalb nicht genug Kreativität und Phantasie entwickeln, um unseren Nachbarn deutlich zu machen, wo solche gemeinsamen Interessen vorhanden sind und wie wir auf ihnen aufbauen können.

Und es gibt solche gemeinsamen Interessen: die Sicherung des Friedens, der Abbau von Rüstungen, aber auch die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil, die Lösung von Umweltproblemen, kultureller, wissenschaftlicher und technologischer Austausch. Doch Voraussetzung bleibt der gute Wille beider Seiten. Er kann nicht einseitig erzwungen werden.

Für uns in der Bundesrepublik Deutschland wie für den Westen insgesamt bleibt die Frage, ob die Sowjetunion bereit ist, auf einen solchen Kurs der Vernunft einzuschwenken? Setzt eine solche Politik nicht einen grundlegenden Wandel der sowjetischen Politik voraus? Und wie wäre dieser zu erreichen? Es bleibt unsere Aufgabe, nicht nur ständig darüber nachzudenken, sondern Mittel und Wege zu finden, die eine Zusammenarbeit ermöglichen, die Gräben überwinden und nicht neue aufreißen. Dies gilt auch gegenüber allen osteuropäischen Staaten, gegenüber der DDR genauso wie gegenüber Polen, der CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Und jeder Staat will für sich selbst ernst genommen werden. Die Warschauer Pakt-Staaten verstehen sich nicht als monolithischer Block. Auch unsere Interessen sind gegenüber jedem einzelnen dieser Staaten nicht gleichgerichtet.

Die ungelöste deutsche Frage und die Fortdauer der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als ganzes und für Berlin bestimmen naturgemäß auch unsere bilateralen Beziehungen. Das unverzichtbare Ziel der Selbstbestimmung und der Menschenrechte für alle Deutschen ist aber nicht zuallererst eine territoriale Frage. Seit Konrad Adenauer hat das Ziel der Freiheit Vorrang vor Einheit.

Wer aber jetzt ständig eine Politik einfordert, die nicht einlösbar ist, schwächt nicht nur die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik und deutscher Ostpolitik im besonderen, sondern muß sich überlegen, ob er nicht Entwicklungen in ganz Europa hemmt oder billige Vorwände liefert, deutsche Politik zu verdächti-

gen und sie ihrer Wirkungskraft zu berauben. Und zwar in einem Augenblick, in dem Prozesse in Gang gekommen sind, die am Ende genau dorthin führen können, wo wir alle und alle Europäer hinwollen, in Richtung auf mehr Menschenrechte und auf die Überwindung von Grenzen in ganz Europa.

3. Europäische Entwicklungen

Eine Lösung der deutschen Frage kann deshalb nur im größeren Rahmen der europäischen Politik angestrebt werden. Wir müssen uns daher auf zwei Prozesse konzentrieren, die das Europa von heute grundlegend verändern können.

In diesem Jahr jährt sich der 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Sie stellt den Versuch der 35 Teilnehmerstaaten aus Europa und Amerika dar, die Prinzipien und die Felder der Zusammenarbeit gemeinsam zu definieren. Der erste Teil der KSZE-Schlußakte, der sogenannte I. Korb, befaßt sich mit den „Fragen der Sicherheit in Europa“. Darin sind sowohl die Prinzipien der „stetigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen“ formuliert wie die Regeln über „vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“. Korb II befaßt sich mit den konkreten Fragen der „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“. Korb III enthält die Vereinbarungen über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“. Diese Schlußakte wurde einstimmig angenommen und von allen Teilnehmerstaaten in West und Ost unterzeichnet.

Die Konferenz von Helsinki hat die Spaltung Europas nicht überwinden können. Dies hatte auch niemand erwartet. Sie war nicht der Schlußpunkt einer Entwicklung mit abschließenden Ergebnissen; sie hat aber für eine Vielzahl von Problemen, die sich für Europa und für die Ost-West-Beziehungen heute und künftig stellen, mehr oder weniger klar definierte Prinzipien, Richtlinien und Handlungsvorschläge formuliert, deren Durchsetzung das Bild Europas grundlegend verändern würden.

Wir müssen diesen Prozeß entschieden fortführen. Er hat in den letzten zehn Jahren deutliche Wirkungen in den Warschauer Pakt-Staaten hervorgerufen. Er hat es ermöglicht, daß 1983 die Folgekonferenz in Madrid erfolgreich abgeschlossen werden konnte und trotz der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses im Januar 1984 zur Eröffnung der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrü-

stung in Europa geführt. 1985 wird in Ottawa das für uns so wichtige Expertentreffen über Menschenrechte und 1986 in Bern das über menschliche Kontakte stattfinden. Damit sind wichtige Ost-West-Foren vorgegeben, die den Dialog und die Verständigung fortführen können. Dort wird die Sowjetunion ihren Willen zur Zusammenarbeit erneut unter Beweis stellen müssen.

Gleichzeitig stehen wir in Westeuropa vor einem schicksalhaften Jahr. 1985 wird sich erweisen, ob die Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft die Kraft aufbringen werden, einen substantiellen Schritt in der politischen Zusammenarbeit voranzukommen. Im Juni will der Europäische Rat in Mailand darüber beraten und Entscheidungen treffen. Wird es gelingen, einen neuen, großen Schritt in der Gemeinschaft einzuleiten in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion, in Richtung auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in Richtung auf eine Politische Union und der Einrichtung und Fortentwicklung gemeinsamer Institutionen?

Jeder Schritt in diese Richtung ist ein Beweis dafür, daß Nationen, die sich noch vor vier Jahrzehnten als Feinde gegenüberstanden, freundschaftliche Beziehungen entwickeln, Grenzen überwinden und Formen der Zusammenarbeit begründen können, die dem Frieden, der Freiheit, der Gerechtigkeit und dem Wohlstand der Völker dienen, in Europa wie weltweit. Eine solche Politik wird ihre Wirkungen auch auf die Ost-West-Beziehungen haben, als Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik braucht keine „neuen“ Perspektiven. Wir haben sie längst. Sie erfordern aber aktives Handeln in Europa, im Bündnis, in den Ost-West-Beziehungen und weltweit. Die Bundesrepublik Deutschland ist zu groß, zu wichtig und zu abhängig, um sich auf sich selbst zurückziehen zu können und Nabelschau zu halten. Dieser internationalen Verantwortung müssen sich alle Bürger stellen, wenn der Friede in Freiheit gesichert und Selbstbestimmung und Menschenrechte für alle Deutschen Wirklichkeit werden sollen.

Ostpolitik auf der Waage

Politik, gleichgültig, ob sie nach innen oder außen gerichtet ist, befindet sich stets im Fluß, in der Entwicklung. Ein statisches Element, sieht man einmal von den sie bestimmenden Grundpositionen, auch Überzeugungen ab, ist ihr fremd. Insoweit kann, wer sich mit den Resultaten der Ost- und Deutschlandpolitik während der letzten zwei, drei Jahre beschäftigt, bestenfalls eine Zwischenbilanz liefern. Neue Entwicklungen können die Lage und damit die Ergebnisse dieser Politik kurzfristig verändern, weniger in ihren Grundlinien, wohl aber in zahlreichen Details. Das gilt für die Ost- und Deutschlandpolitik zu Beginn des Jahres 1985 in besonderem Maße.

Als im Herbst 1982 in Bonn der Regierungswechsel stattfand, als die neue christlich-liberale Koalition speziell auf dem Gebiet der Innen- wie der Wirtschafts- und der Finanzpolitik andere Akzente als ihre Vorgängerin setzte, blieb von diesen Veränderungen zur Überraschung vieler die Ost- und Deutschlandpolitik hiervon ausgenommen. Auf diesem Gebiet konnte deshalb mit gutem Grund von Kontinuität gesprochen werden, wenn man einmal von den unterschiedlichen Temperamenten und damit Handschriften der beiden Politiker Schmidt und Kohl absieht. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vom 13. Oktober 1982 ist hierfür Beleg genug.

„Auf der Grundlage der geschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki“, so Kohl vor dem Deutschen Bundestag, „wird sich die Bundesregierung um echte Entspannung, um Dialog und Zusammenarbeit bemühen. Wir wollen das in unseren Kräften stehende dazu beitragen, die Teilung Deutschlands und Europas, die schwere Last unserer Geschichte, für die betroffenen Menschen erträglicher zu machen und gute Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa zu unterhalten.“ Das hätte, fast wörtlich, auch Kohls Vorgänger Schmidt erklären können — und hat dies auch bei anderer, ähnlicher Gelegenheit getan. Das dem so war, lag auch mit daran, daß die FDP und hier vor allem Bundesaußenminister Genscher dem alten wie neuen Bündnis angehört.

So war es gewiß kein Zufall, daß Bundeskanzler Kohl in jener Regierungserklärung in deren deutschlandpolitischem Teil hierauf ein-

ging: „Hier gilt in besonderer Weise das Wort von Hans-Dietrich Genscher: ‚Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik‘. Der Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970, der zu den Vertragswerken gehört, formuliert unzweideutig das Ziel unserer Politik: ‚... auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt‘. Die Zusammenarbeit der deutschen Staaten muß im Interesse der Deutschen und ihrer Nachbarn in Europa verbessert werden. Wir werden die laufenden Verhandlungen und Gespräche fortsetzen. Wir sind an umfassenden, längerfristigen Abmachungen zum Nutzen der Menschen und auf der Grundlage der geltenden Abkommen interessiert.“

Bundeskanzler Kohl in Moskau

Deutlicher konnte die anvisierte Kontinuität nicht zum Ausdruck gebracht werden. Vergessen schien der heftige Kampf während der siebziger Jahre um die sogenannten Ostverträge, als sich die parteipolitischen Fronten im Deutschen Bundestag unversöhnlich gegenüberstanden und wo erst das Bundesverfassungsgericht diesen Streit schlichten und damit zugleich beenden mußte. Das gehört heute der Vergangenheit an — oder sollte es zumindest. Bundeskanzler Kohl reiste jedenfalls im Frühsommer 1983 nach Moskau und vertrat dort die Ost- und Deutschlandpolitik der christlich-liberalen Koalition, wie er diese zuvor in seiner Regierungserklärung formuliert hatte. Die Kontinuität zur Politik seines Amtsvorgängers Schmidt blieb, nicht zuletzt dank der Assistenz durch Bundesaußenminister Genscher, gewahrt.

Kohl ließ dabei kein Thema aus — das langfristige Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit ebensowenig wie die Mauer in Berlin, hinsichtlich der er seinen sowjetischen Gesprächspartnern die Frage stellte, wie sie sich wohl verhalten würden, wenn ein solches Monstrum quer durch Moskau existieren würde. Die Art seines Auftretens, fern jeden Anflugs von „Revanchismus“ oder „Militarismus“, von dem heute wieder soviel die Rede ist, mag seine Wirkung im Kreml nicht verfehlt haben. Jedenfalls konnte Kohl damals in dem Bewußtsein an den Rhein zurückkehren, den von seinen Vorgängern Schmidt und

Brandt, aber auch Kiesinger und Erhard bis hin zu Adenauer geknüpften Gesprächsfaden aufgenommen und fortgeführt zu haben. Dabei hatte der Kanzler auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie Bonn sich verhalten würde, falls die Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen am Ende scheitern sollten.

Die Geschäftsgrundlage der neuen Bundesregierung gegenüber der Führung im Kreml war klar. Kohl konnte dabei nicht allein auf den von Moskau 1970 akzeptierten „Brief zur deutschen Einheit“ abheben, von dem sich der SPD-Vorsitzende Brandt, der ihn als Bundeskanzler seinerzeit mit konzipiert hatte, heute überflüssigerweise distanziert. Im Zuge der Verhandlungen zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Außenminister hatte Gromyko damals gegenüber Scheel geäußert: „Ihre Position ist klar, die unsere auch. Auch wir haben unsere Vorstellung, wie die künftige deutsche Einheit beschaffen sein soll. Wir könnten einen Vertrag machen, der das Kreuz über alle Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands setzen würde. Dann stünde jede Äußerung über die Wiedervereinigung im Gegensatz zum Vertrag... Jetzt etwas, um Ihre Bedenken zu zerstreuen. Wenn zwei Staaten freiwillig ihre Vereinigung beschließen oder Grenzen korrigieren, wie wir das selbst mit Norwegen, Afghanistan und Polen, dort sogar mehrmals, gemacht haben, oder wenn andere Staaten zum Beispiel ihre gemeinsamen Grenzen aufgeben und sich vereinigen wollen — wie Syrien und Ägypten —, so wäre uns nicht eingefallen, hier zu kritisieren. Denn dies ist Ausdruck der Souveränität und gehört zu den unveräußerlichen Rechten der Staaten und Völker. Wer hier Fragen stellt, sieht Probleme, wo keine sind.“¹⁾

Das ist, wie man weiß, nur die halbe Wahrheit; übrigens auch nur eine Zwischenphase bei den Moskauer Verhandlungen. Doch diese Beispiele zeigen, daß sich die Bundesregierung heute auf festem Grund bewegt, wenn sie beharrlich ihre ost- und deutschlandpolitischen Ziele äußert und verfolgt, so wenig aktuell die deutsche Frage derzeit auch ist. Die in den siebziger Jahren gelegten Grundlagen erweisen sich, sofern von ihnen der richtige Gebrauch gemacht wird, auch heute, zum Jahresbeginn 1985, als durchaus tragfähig. Das schließt Meinungsverschiedenheiten mit Moskau in bezug auf die Nachrüstung ebenso wie im Hinblick auf die deutsche Frage selbstverständlich nicht aus.

¹⁾ Arnulf Baring, *Machtwechsel*, München 1984, S. 336.

Die Wirtschaft als stabilisierender Faktor

Bei all diesen Differenzen erweisen sich seit jeher die Wirtschaftsbeziehungen als stabilisierender Faktor im beiderseitigen Verhältnis. Mag der Warenaustausch der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, wie übrigens mit den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe insgesamt, prozentual nicht sonderlich hoch zu Buche schlagen (der Osthandel unter Einschluß Chinas machte 1983 nur 5,2 Prozent am deutschen Außenhandel aus, während im gleichen Jahr der mit Luxemburg und Belgien bei über 7 Prozent lag); gleichwohl ist das Interesse aller sozialistischen Länder, wenn man einmal von den Besonderheiten des innerdeutschen Handels absieht, an diesem Warenaustausch unverändert groß, wie dessen Bedeutung auch für die Wirtschaft der Bundesrepublik angesichts unserer Arbeitsmarktprobleme gewachsen sein dürfte.

Dieses beiderseitige Interesse an kontinuierlichen Wirtschaftsbeziehungen hat auch die in der zweiten Hälfte des letzten Jahres sich verschärfende Sprache zwischen Moskau und Bonn überdauert. Nach dem Tode des bisherigen langjährigen Vorsitzenden der sowjetisch-deutschen Wirtschaftskommission, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostanow, ist in der Person des Nachfolgers, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow, ein ähnlich gewichtiger Mann nominiert worden. Anzumerken bleibt noch, daß die Sowjets auch nach diesem Wechsel den bisherigen Brauch beibehalten haben, daß dieser in Personalunion zugleich auch Vorsitzender der sowjetisch-ostdeutschen Wirtschaftskommission ist. Gleichwohl wäre es zu einfach, zu oberflächlich, wollte man die sich in den letzten Monaten verschärfende „Revanchismus“-Kampagne Moskaus als sekundär, als schlicht „dumm“ und damit ohne Belang abtun. Denn unsere innenpolitische Diskussion, wie offen die deutsche Frage sei, welche Bedeutung der völkerrechtliche Vorbehalt, daß bis zu einem Friedensvertrag Deutschland (rechtlich) weiterhin in seinen Grenzen des Jahres 1937 bestehe, für die Außenpolitik der Bundesregierung habe, diese und manch andere rein theoretische und insoweit höchst überflüssige Erörterung hat sich längst verselbständigt. Sie wird uns aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr beschäftigen. Sollte der Kanzler hier nicht endlich deutlicher Farbe bekennen, wie dies sein Außenminister seit Monaten unermüdlich tut in der richtigen Erkenntnis, welcher Schaden daraus für die bundesdeutsche Ostpolitik erwachsen wird — wenn er nicht schon längst entstanden ist —, dann wird all dies Gerede durchaus negative Folgen haben, zuerst in

den Staaten Osteuropas, dann aber auch im Westen.

Eine Passage aus einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung soll dies verdeutlichen. Unter der Überschrift „Des Kanzlers Redensart“ heißt es dort unter anderem: „Um jedes Mißverständnis von Anfang an zu vermeiden: Natürlich muß sich der Bundeskanzler bei Bedarf in aller Entschiedenheit, ja auch (Gedanken)-Schärfe mit seinen ausländischen Kritikern und innenpolitischen Gegnern auseinandersetzen. Aber wer sollte ein löbliches Vorbild darin erkennen, daß Kohl als Kanzler (und also als Staatsmann) die Moskauer Propaganda mit den Worten ‚so dumm‘ belegt; daß er die kritischen Voten nach seinem Auftritt bei den Vertriebenen als Stimmen ‚irgendwelcher Kläffer in der SPD‘ klassifiziert; daß er über den Revanchismus-Vorwurf aus Warschau (eine Art Auftragserledigung für andere) sagt, er sei ‚zu dummlich, als daß man ihn ernst nehmen kann.‘²⁾“

Bleibt Schlesien wirklich unsere Zukunft?

Diese Debatte hat sich längst verselbständigt, weil ein rechtzeitiges, ein klärendes Wort des Bundeskanzlers ausgeblieben ist. Mag der Inhalt seiner Rede vom 2. September 1984 in Braunschweig zum „Tag der Heimat“ rechtlich auch unanfechtbar gewesen sein: Sein Hinweis etwa auf die Oder-Neiße-„Linie“, welche die Westgrenze Polens bilde analog von Artikel 1 des Warschauer Vertrages; „daß damit die Bundesrepublik Deutschland sich selbst, nicht aber ein später wiedervereinigtes Deutschland völkerrechtlich verpflichtet. Dies ist ein Teil der durch das Nichtzustandekommen eines Friedensvertrages fortgeltenden Rechtslage.“³⁾ Doch durch manch andere Diskussion, bis hin zu dem neuen Motto des Schlesiertreffens: „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft — im Europa freier Völker“, auf dem Kohl im Juni 1985 sprechen will, ist einiges von dem, was für den Kanzler selbstverständlich erscheint, inzwischen verlorengegangen. Das Hin und Her um jenes Motto sowie die vom Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, zu seiner Neufassung mitgelieferte, nun kaum noch mißverständliche Interpretation, das alles hat bei der polnischen Bevölkerung Spuren hinterlassen.

Jedenfalls genügt es heute nicht mehr, wenn in diesem Zusammenhang erklärt wird, die Vertriebenen seien eine wichtige gesell-

²⁾ SZ vom 20. 9. 1984, S. 4.

³⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 99 vom 5. 9. 1984, S. 878.

chaftliche Gruppe, zu der er als Bundeskanzler ebenso gehe wie zu den Gewerkschaften. So einfach, so unbelastet, ist das alles nicht, zumal andere hier Äußerungen getan haben, die nicht im Einklang mit Inhalt und Geist des Warschauer Vertrages standen. Mit Mißverständnissen ist die zum Teil erregte Diskussion nicht zu erklären, zumal im Falle Polens ganz spezifische Erfahrungen hinzukommen, welche die Menschen dort so besonders hellhörig sein und sensibel reagieren lassen. Wer das Land kennt, weiß, daß in diesem Zusammenhang von „Auftragserledigung für andere“ nicht gesprochen werden darf.

Sicherlich nicht ohne Grund, auch nicht ohne Not hat Bundesaußenminister Genscher am Jahreswechsel in einem Gespräch ausdrücklich davor gewarnt, das „schlimme und böse Wort vom Verzicht und Verzichtlern in die Debatte“ zu werfen. Er könne dazu nur sagen, „wehret den Anfängen, wehret den Anfängen aus Gründen der inneren Stabilität unseres Staates, wehret den Anfängen aus Gründen der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik.“ Diesen Warnungen ist in der Tat nichts hinzuzufügen. Wer aber hätte gedacht, daß die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik an der Jahreswende 1984/85 sich mit derartigen Fragen befaßt. Da ist in der Entwicklung etwas schief gelaufen, da muß, notfalls durch ein Machtwort des Kanzlers, möglichst bald hinreichende Klarheit geschaffen werden.

Natürlich ist richtig, was Ministerialdirektor Teltchik vom Bundeskanzleramt im Sommer letzten Jahres in einer Diskussion über die Bonner Ostpolitik in Moskau erklärte: „Die bestehenden Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion über die wirtschaftliche Zusammenarbeit reichen über dieses Jahrhundert hinaus. Wir wollen diese Verträge weiterentwickeln. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung im Mai 1983 die beiden Kooperationsverträge von 1973 und 1974 um weitere zehn Jahre verlängert. In seiner Regierungserklärung vom 6. Mai 1983 hat der Bundeskanzler erklärt, daß die Bundesregierung auf der Grundlage der bestehenden Verträge die Beziehungen mit der Sowjetunion und den übrigen östlichen Nachbarn langfristig fortentwickeln will und eine ‚neue und bessere Qualität‘ der Beziehungen begründen will. Diese Politik findet bei allen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland breite Zustimmung.“⁴⁾

⁴⁾ FAZ vom 31. 7. 1984, S. 6: „Wir Europäer überschätzen unsere Rolle nicht.“

Diesen Ausführungen ist ohne Einschränkung zuzustimmen. Die Frage, die sich freilich stellt, lautet, ob hinter dieser Politik zu Beginn des Jahres 1985 wirklich noch alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik stehen, ob nicht speziell an den Rändern der Unionsparteien Erosionserscheinungen zu registrieren sind? Immerhin kein geringerer als Bundesinnenminister Zimmermann konnte, ebenfalls vor Vertriebenen, am 29. Januar 1983 in München unwidersprochen sagen, es werde bei der neuen Bundesregierung keine Tendenzen geben, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die „ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen“. Was immer das konkret bedeuten mag, wie ernst solche Mark- und Kernsätze von ihren Autoren selbst genommen werden — fest steht, daß sich die Diskussion in den letzten zwei Jahren anfangs unmerklich, heute aber nicht mehr länger zu überhören, in eine kontraproduktive Richtung entwickelt hat.

Vor solchem Hintergrund werden andere Passagen verantwortlicher Politiker leicht in den Hintergrund gedrängt. Etwa, wenn der Kanzler in Braunschweig vor Vertretern der Vertriebenen erklärte, von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen; „das gilt auch für die Lösung der nationalen Frage, die sich nur als Friedenswerk in einem größeren europäischen Rahmen verwirklichen läßt. Es geht nicht nur um die Teilung Deutschlands. Die Teilung Deutschlands ist eine Teilung Europas. Diese Teilung wollen wir überwinden. Wir wollen Grenzen nicht verletzen, sondern sie endlich öffnen, damit die Menschen zusammenkommen können, jene Menschen, die zueinander wollen.“

Weizsäcker: Mit Herz und Kopf für Europa

Am deutlichsten, am konkretesten in dieser mittlerweile zu einem zentralen Thema gewordenen Frage der Ost- und Deutschlandpolitik Bonns war nicht der Bundeskanzler, sondern neben Außenminister Genscher Bundespräsident von Weizsäcker, offensichtlich mit einem besseren Gefühl dafür ausgestattet, in welchen außenpolitischen Gefahrenzonen, wohlgermerkt im Osten wie im Westen, sich die Bundesrepublik derzeit bewegt. Gegenüber dem rumänischen Staatspräsidenten sagte er in einer Tischrede auf Schloß Falkenlust Mitte Oktober 1984, die Deutschen erstrebten „mit Herz und Kopf“ für ganz Europa einen Zustand des Friedens, der die schmerzhafteste Trennung überwinde und in dem auch die Deutschen ihr Recht auf Selbstbestim-

mung ausübten. Diese Politik der Bundesregierung lasse für Revanchismus keinen Raum. Die Bundesrepublik achte die territoriale Integrität aller Staaten Europas in ihren heutigen Grenzen. „Sie betrachtet die Grenzen aller Staaten als unverletztlich. Sie hat keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten; sie wird solche auch in Zukunft nicht erheben“; sie stehe ohne Vorbehalt zu den Verträgen mit Osteuropa⁵⁾.

Jedenfalls ist nicht vorstellbar, ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hätte im Sommer des Jahres 1985 auf einem Vertriebenenentreffen gesprochen, dessen Stirnwand ein Spruch zierte: „Schlesien bleibt unser“. Nach den voraufgegangenen Erfahrungen hätte eine Klärung jenes Mottos des Schlesiertreffens an den Anfang der Frage gehört, ob der Kanzler an einer solchen Veranstaltung teilnimmt, teilnehmen kann. Nicht seiner dort zu haltenden Rede wegen, sondern allein wegen jener Umstände geriete er in das Kreuzfeuer der innen- wie außenpolitischen Kritik. Das gilt letztlich auch für das modifizierte Motto, das keineswegs so unmißverständlich ist, wie es das im 40. Jahr der Kapitulation sein sollte.

Weniger, daß die große Sowjetunion hierüber wirklich besorgt wäre; davon kann angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse keine Rede sein. Auch in Ost-Berlin dürfte letztlich eine nüchterne Betrachtungsweise überwiegen, zumal dort andere Interessenlagen vorherrschen. Speziell in Polen aber ist das bisherige schädliche Gerede nicht ohne Resonanz geblieben. Diese innenpolitische Diskussion über die offene deutsche Frage im Zusammenhang mit den Grenzen Deutschlands von 1937 mag der heutigen Führung in Warschau aus innenpolitischen Gründen nicht ganz unwillkommen sein.

Andreotti und der „Pangermanismus“

So wenig man in dem Land zwischen Oder und Bug auch bereit ist, der kommunistischen Obrigkeit zu glauben, so empfindlich, so emotional reagiert die Bevölkerung auf derlei Redereien. Mögen Vater und Sohn dem Regime noch so kritisch gegenüberstehen: die spezifischen Erfahrungen der Älteren werden in diesem Punkt nahezu automatisch auf die Jüngeren übertragen. Dadurch wird der überaus positive Eindruck, den die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in der Bundesrepublik während der schwierigen Zeit des Kriegsrechts in Polen hinterlassen hat, relativiert. Die Äußerung des italienischen Außen-

⁵⁾ FAZ vom 17. 10. 1984.

ministers Andreotti auf dem Pressefest der kommunistischen „Unita“ in Rom über die Gefahr des „Pangermanismus“ und der Zusatz: „Es gibt zwei germanische Staaten, und zwei müssen es bleiben“, zeigen, wie dünn die diesbezügliche Decke selbst im Westen ist; aber auch, wie allergisch sogar Politiker in befreundeten Ländern auf das Gerede über Deutschland in den Grenzen von 1937 reagieren.

Hier sind jedenfalls wesentlich größere Behutsamkeit, auch mehr politisches Fingerspitzengefühl gefordert. Es dürfte der Sowjetunion sogar willkommen sein, wenn beim ungeliebten Nachbarn Polen alte, gleichsam traditionelle Ängste vor dem unheimlichen Nachbarn im Westen wieder geweckt werden; denn dadurch wird Polen fast automatisch stärker an die Seite Moskaus gedrängt, das allein die Lage in Ost-Mitteleuropa beherrscht und insoweit garantiert. Weder heute noch morgen aber stehen irgendwelche Veränderungen der politischen Landkarte Europas auf der Tagesordnung. Selbst Andreotti sagte in seiner Wortmeldung bei der kommunistischen „Unita“: Wenn man „wieder damit anfängt, die staatlichen Beziehungen und Grenzen in Frage zu stellen, ist dies hochgefährlich“. Der Italiener bezog sich primär auf das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin, meinte damit aber gleichwohl die gesamte Lage in Mitteleuropa.

Im Bericht zur Lage der Nation erklärte der Bundeskanzler am 23. Juni 1984: „Aus geschichtlicher Erfahrung sind wir uns bewußt, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verwirklichen ist. Die Teilung Deutschlands ist immer zugleich die Teilung Europas. Deutschlandpolitik muß sich deshalb immer auch als Beitrag zum europäischen Einigungswerk und damit als europäische Friedenspolitik verstehen.“ Wenn dem so ist, dann sollte dieser Gedanke stärker als bisher seitens der Bundesregierung in den Vordergrund der Diskussion gerückt werden; die Themen „Deutschland in den Grenzen von 1937“ oder „Wie offen ist die deutsche Frage“ gehören ganz gewiß nicht dazu.

Der „Bergedorfer Gesprächskreis“ traf sich zum 76. Mal im letzten Dezember in Rom, auf dem Campo Santo Teutonico. Dabei sprach der polnische Papst Johannes Paul II. auf einer Audienz vom geographischen Raum Europa, der vom Atlantik bis zum Ural reiche. Als Methode zu seiner Einigung empfahl er „kleine Schritte“. Daraus folgt, nicht nur Deutschlands, sondern ebenso Polens wie der

anderen osteuropäischen Nationen wegen kann die „Spaltung Europas nicht das letzte Wort“ sein. In seinem Buch „Das Ende des ideologischen Zeitalters — Die Europäisierung Europas“ gelangt Peter Bender zu einem ähnlichen Schluß: „Wenn die Bundesrepublik nicht gesamtdeutsch, sondern nur gesamteuropäisch vorwärtskommt, dann darf sie nicht mehr allerorten die deutsche Not beklagen und die deutsche Einheit beschwören, sondern muß die Spaltung Europas zu ihrer Hauptsorge und die Einheit Europas zu ihrem Hauptziel werden lassen.“⁶⁾

Das wird ihr wenig Beifall in Moskau wie in Ost-Berlin eintragen; doch ist eine Bonner Ost- und Deutschlandpolitik auf solcher Basis deshalb nicht falsch. Sie ist vielmehr nach Lage der Dinge in den achtziger Jahren und darüber hinaus der einzige Weg, welcher dem in der Präambel des Grundgesetzes gesetzten Ziel, eines Tages in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands „zu vollenden“, am nächsten kommt; denn die Lösung der deutschen Frage, in welchen Formen auch immer, wäre nicht einmal theoretisch denkbar, wenn damit nicht auch eine Regelung der Grenzfrage analog zum Warschauer Vertrag verbunden wäre. Diese kann heute und später nur an Oder und Neiße verlaufen. Es ist eine der Folgen der Jahre 1933 bis 1945, daß das deutsche Siedlungsgebiet heute nun einmal an jenen beiden Flüssen endet. Ohne eine Zustimmung auch Polens ist eine Lösung der deutschen Frage deshalb undenkbar.

Polnische Überlegungen zur deutschen Frage

Gleichwohl macht man sich auch dort Gedanken darüber, was eines, heute noch fernen Tages aus den beiden deutschen Staaten werden soll. Der Schriftsteller und zugleich Mitglied des Sejm, Edmund Osmańczyk, erklärte in einem Vortrag vor dem Schlesischen Institut in Oppeln: „Sagen wir es offen, die Gefahr einer Revision der Grenzen ist seit rund vierzig Jahren unser innenpolitischer Buhmann gewesen, den wir mit Nachdruck aus allen möglichen Gründen allen Generationen der Polen vor Augen gestellt haben. Ich betone noch einmal, daß Deutschland nicht über die physischen Kräfte zur Revision der östlichen Grenzen verfügt. Und an einem Dritten Weltkrieg mit Rußland sind auch die Deutschen nicht interessiert; denn das wäre ihre dritte und letzte Niederlage... Auf eine Vereinigung Deutschlands, der eine einheitliche Ge-

⁶⁾ Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters — Die Europäisierung Europas, Berlin 1981, S. 240f.

sellschaftsordnung zugrunde liegt, wird sich weder die eine noch die andere Weltmacht einlassen; denn das würde den Nuklearfrieden destabilisieren. Eine Konföderation mit zwei Gesellschaftsordnungen wäre dagegen ein neues Modell in einer durch verschiedene Sozialordnungen geteilten, aber auf menschlicher Ebene absolut einheitlichen Welt. Die Deutschen könnten auf diese Weise eine wichtige Friedensrolle in der Mitte Europas spielen, das auf beiden Seiten mit Raketen bestückt ist, die über eine gleichwertige Sprengkraft von thermonuklearen Sprengköpfen verfügen. Wir müssen uns klarmachen, daß eine solche Konföderation für Polen keine irgendwie geartete Revision der Grenzen bedeutet. Diese Möglichkeit haben die Deutschen zu keiner Zeit gehabt; denn dafür wäre die Zustimmung aller vier Mächte nötig. In Wirklichkeit waren sie auch niemals daran interessiert. Für den Drang nach Osten haben sie einfach keine biologischen Kräfte, weder in der DDR noch in der BRD.⁷⁾

Manches von dem, was Osmanczyk erklärt, mag heute als utopisch erscheinen; gleichwohl kann diese Vision eines Tages durchaus „konkrete Utopie“ werden. So ungefähr könnte die Zukunft Mitteleuropas eines Tages aussehen, auch wenn manche in der Bundesrepublik, wie der SPD-Vorsitzende Brandt, zu resignieren scheinen und aus der Ost-Politik gleichsam „aussteigen“; denn, was SED-Generalsekretär Honecker im Bericht des SED-Politbüros an das 9. Plenum des Zentralkomitees Ende November letzten Jahres aus einer Rede Brandts vortrug, dürfte in Ost-Berlin wenig Glauben finden: „Nachdem sich die ‚Wiedervereinigung‘ als eine große Illusion erwiesen habe, habe der Streit um die deutsche Frage für ihn die Dramatik eines Traumes, der nachschwingt, aber vorbei ist, wenn man aufwacht. Nicht in Frage gestellt werden dürften angesichts wachsender Gefahren die europäischen Grenzen.“⁸⁾

Das ist denn doch eine etwas zu kurz geredete Sicht, die mit der von Brandt als Berliner Regierender Bürgermeister sowie als Bundesaußenminister in den sechziger Jahren konzipierten Politik nicht mehr viel zu tun hat. Als Bundeskanzler hatte Brandt demgegenüber zutreffend von dem, „was sich auf die Geschichte, die Kultur, die getrennten Familien und auf das die Deutschen Verbindende, das zusätzlich Verbindende bezieht“, gesprochen. Dies werde eine „Wirklichkeit sein; gleichgültig, ob es von denen, die in der DDR etwas zu

sagen haben, akzeptiert wird oder nicht“. Es werde eine Rolle spielen, „geschichtlich gesehen, unabhängig davon, was schon jetzt in einer ersten oder zweiten Runde seinen Niederschlag finden“ könne. Nach seiner Ansicht wäre es vernünftig, wenn ergänzend zu dem, was ohnehin zwischen den Staaten in Deutschland geregelt werden müsse, die Deutschen einen zusätzlichen Beitrag leisteten. „Wenn das aber nicht möglich ist, dann wird sich der Prozeß anders abspielen. Dann wird noch stärker, als ich das ohnehin in meine Politik einbeziehe, die Wirkung von draußen auf die deutsche Szene zukommen. Dann wird sich aus der Veränderung zwischen den Teilen Europas in West und Ost eine Wirkung auf die deutsche Situation ergeben.“⁹⁾

Die Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze

In dieser Situation befinden wir uns heute; diese Lage wird auch in den nächsten Jahren, Jahrzehnten in bezug auf die Ost- und Deutschlandpolitik Bonns anhalten. Wenn es richtig ist, daß kein Weg, der eines Tages eine veränderte Lage in Mitteleuropa ergeben könnte, an Moskau, an den welt- wie sicherheitspolitischen Interessen des Kreml vorbeiführt, so trifft das ebenso auch auf Polen zu; dort vor allem aus Gründen der Existenzsicherung des Staates in seinen derzeitigen Grenzen, die weder heute noch künftig verändert werden können, auch nicht verändert werden sollen. Selbst wenn die Russen, was wenig wahrscheinlich ist, die Oder-Neiße-Grenze eines Tages ins machtpolitische Spiel einbrächten, müßten die Deutschen jegliche diesbezügliche Offerte aus europäischer Überzeugung, aus nachbarschaftlichen Motiven gegenüber Polen ablehnen. (Der Verfasser dieser Zeilen — diese persönliche Bemerkung sei gestattet — ist in Schlesien geboren, in Pommern aufgewachsen und weiß somit, wovon er spricht.)

Jedenfalls darf sich die bundesdeutsche Politik die Chance, mit in die europäische Zukunft denkenden Männern wie zum Beispiel dem Polen Osmanczyk zusammenzuarbeiten, nicht durch verbale Kraftakte einiger weniger zunichte machen lassen. Zu Beginn des 1985 ist speziell an diese Gefahr, aber auch an die Aufgabe, ihr zu begegnen, zu erinnern. Offensichtlich wächst diese Einsicht auch in der Union. Ende des Jahres 1984 erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rühle in einer leider in der Öffentlichkeit wenig beachteten Stellungnahme: „Eine Regierung

⁷⁾ DIE ZEIT Nr. 33 vom 10. 8. 1984, S. 5.

⁸⁾ NEUES DEUTSCHLAND vom 23. 11. 1984, S. 4.

⁹⁾ NEUE RUHRZEITUNG vom 29. 1. 1972, Nr. 24.

wird — ebenso wie eine Regierungspartei — nicht an ihren guten Grundsätzen gemessen, sondern an ihren guten Ergebnissen... Die Beschreibung der Lage in der DDR oder in Osteuropa ist noch kein Beweis für praktische Politik. Dieser wäre erst dann erbracht, wenn sich dadurch die dort herrschenden Zustände tatsächlich verbessern ließen. Doch das ist leider nicht zu erwarten. Das Instrument der öffentlichen Kritik mag in manchen Fällen angebracht sein, aber die Erfahrung lehrt, daß es im allgemeinen wirkungslos bleibt. Mehr noch: Wer anprangert, verkürzt eher seine Einwirkungsmöglichkeiten, weil er beim Adressaten seiner Kritik zusätzliche Verhärtungen hervorruft. Diese Realität will bedacht sein.¹⁰⁾

Fast könnte man sich in die siebziger Jahre zurückversetzt sehen, als sich die sozial-liberale Koalition mit ähnlichen Begründungen gegen eine allzu emotionsgeladene, allzu unsachliche Kritik aus den Reihen der damaligen Opposition zur Wehr setzen mußte. Heute scheint sich dieser Vorgang nun innerhalb der Unionsparteien zu wiederholen. Denn ähnlich, wie dort das Thema „Grenzen des Jahres 1937“ in der Diskussion an Intensität, aber auch an Unschärfe zunimmt, läßt sich das gleiche im Hinblick auf die Deutschlandpolitik sagen. So kündigte Mitte Dezember 1984 der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Lintner für dieses Jahr eigene Initiativen der CDU/CSU an, die bisher aufgrund von Einwänden der Freien Demokraten zurückgestellt wurden. Als Beispiel nannte der CSU-Bundestagsabgeordnete eine Große Anfrage über die „menschenrechtliche Lage der Deutschen in der DDR und in Osteuropa“, die nicht habe verwirklicht werden können, weil die Freien Demokraten zu einer solchen Initiative nicht bereit gewesen seien.

Solche und andere Aktivitäten hatte Rühe offenbar im Auge, als er sich am 20. Dezember 1984 zu seiner eindringlichen Warnung entschloß. Dabei hatte der gleiche Abgeordnete Ende Mai letzten Jahres in einem Vortrag vor dem Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau, wenig einfühlsam in die deutsch-polnische Problematik, selber eher wie ein Advokat als ein in die Zukunft blickender Politiker argumentiert. Damals standen Fragen der Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 zwar nicht im Vordergrund seiner Ausführungen, aber auch Rühe gab diesem Thema zu viel Raum und damit Gewicht: Die Geister, die manche viel-

leicht in Unkenntnis über die Dynamik wie auch die Tragweite dieses Themas geweckt haben, werden sie nun nicht wieder los.

Der verhinderte Honecker-Besuch

Das war schon im Herbst 1984 so gewesen bei mancher Aufgeregtheit am Rhein im Vorfeld des Honecker-Besuches, als in reichlich provinzieller Weise über Pro und Kontra, über Sinn und Nutzen einer solchen Visite diskutiert wurde. Selbst der Bundespräsident nannte diese Debatte „recht hausbacken, mitunter auch ein bißchen eng“¹¹⁾, was Weizsäcker wiederum die öffentliche Kritik eines CDU-Bundestagsabgeordneten eintrug. Die DDR hatte Anfang September ein Interview des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hauptgrund für ihre Absage bemüht, die sich über lange, quälende Wochen hingezogen und gewiß andere Motive hatte als jene in der Tat ungewöhnlichen Bemerkungen Dreggers: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist“¹²⁾. Fast müßte man im Interesse eines möglichst unbeschädigten Fortganges des deutsch-deutschen Gesprächs dafür dankbar sein, daß der CDU-Politiker, wenn auch sicherlich unbeabsichtigt, Ost-Berlin jenen Vorwand für die Absage lieferte.

Gegenüber SPD-Politikern war schon im letzten August in Moskau signalisiert worden, daß es zu einem solchen Besuch nicht kommen werde. Ähnlich äußerten sich zur gleichen Zeit auch sowjetische Diplomaten, in der Schroffheit ihrer Sprache übrigens ganz undiplomatisch. Jedenfalls reagiert man in bezug auf die deutsch-deutschen Kontakte im Kreml seit jeher ausgesprochen sensibel. Offensichtlich hat es hier seitens des SED-Generalsekretärs im Vorfeld dieses Reisevorhabens einige taktische Fehler gegeben beziehungsweise wurden die Verhältnisse in Moskau seitens der SED-Führung falsch eingeschätzt. Honecker machte nach seiner Absage noch das beste daraus, indem er die Formel wählte: Aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Gleichwohl spricht gegenwärtig nichts dafür, es werde in einer überschaubaren Zeit zu einem solchen Besuch des SED-Generalsekretärs in der Bundesrepublik kommen.

Daß in Genf Amerikaner und Russen wieder am Verhandlungstisch sitzen, mag in der politischen Großwetterlage auf eine gewisse Entspannung hindeuten. Doch muß diese nicht unbedingt zu einer parallelen Entwicklung

¹⁰⁾ Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 20. 12. 1984, S. 1 f.

¹¹⁾ „Bonner Perspektiven“, ZDF, 9. 9. 1984.

¹²⁾ DIE WELT vom 23. 8. 1984, S. 1.

zwischen Ost-Berlin und Bonn führen, wie zuvor die Verhärtung zwischen Moskau und Washington umgekehrt auch nicht zu einer Verschärfung der deutsch-deutschen Situation geführt hatte; eine Art Automatik gibt es weder in der einen noch in der anderen Richtung. Manches spricht dafür, daß die politische Bedeutung Bonns für die Sowjets, wenn man einmal von der bundesdeutschen Wirtschaft absieht, in den nächsten Monaten, und daraus können leicht Jahre werden, eher abnehmen wird. Der Besuch des ZK-Sekretärs Gorbatschow Ende Dezember 1984 in London, den manche in der Sowjet-Hierarchie schon für den zweiten Mann halten, sowie die angekündigte Visite Generalsekretär Tschernjenkos in Paris könnten in diese Richtung deuten. Ihre eigenen weltpolitischen Interessen definieren Großmächte immer noch selber.

Aber auch aus einem anderen Grund könnte dem Kreml etwas mehr Distanz zwischen Ost-Berlin und Bonn wünschenswert erscheinen. Das Wort Honeckers von der „Schadensbegrenzung“ (nach Stationierung der ersten Pershing-II-Raketen als Antwort der NATO auf das Scheitern der sogenannten Mittelstreckenverhandlungen in Genf) war eben mehr als eine „Rollenverteilung“, als eine „konzertierte Aktion“ zwischen Moskau und Ost-Berlin. Hier kamen, übrigens nicht zum ersten Mal, unterschiedliche Interessen zwischen Moskau und der DDR zum Vorschein, speziell im Verhältnis zum Westen. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Auch in Ost-Berlin wie offensichtlich ebenso in Budapest und den anderen osteuropäischen Hauptstädten mögen Zweifel an der Weisheit sowjetischer Außen- sprich Konfrontationspolitik gegenüber den Vereinigten Staaten und damit gegenüber dem Westen gewachsen sein. Aus diesem Grunde möchte man nicht jede Wende, welche die Weltmacht Sowjetunion gegenüber Washington einlegt, mitmachen müssen, mit möglicherweise wirtschaftlichen Nachteilen, besonders für die immer stärker auf den Warenaustausch mit dem Westen angewiesenen Staaten, wie die DDR oder auch Ungarn.

Spezifische Interessen der DDR

Professor Seiffert, bis 1978 als Völkerrechtler in der DDR tätig, brachte diesen Zwiespalt hinsichtlich Ost-Berlins auf die Formel: „Diese SED-Position wurzelt zweifellos in der spezifischen Interessenlage der DDR als einer in hohem Maße außenhandelsabhängigen Wirtschaftsmacht, die ihre Probleme der technologischen Zukunft nicht allein durch Kooperation mit der UdSSR und den anderen Staaten des Comecon meistern kann. Sie be-

darf dazu der Kooperation mit den westlichen Industriestaaten, vor allem der Bundesrepublik.“¹³⁾ Der technische Fortschritt ist nun einmal im Westen und nicht im Osten zu Hause.

Honeckers Kritik an der Rüstungspolitik der Vereinigten Staaten meinte, mehr oder weniger direkt, stets auch die Haltung der Sowjets. So erklärte er am 4. Juli 1984 in einem Trinkgespruch gegenüber dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreu: „Es wäre eine tragische Fehleinschätzung, Weltprobleme mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, einschließlich der historischen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Ein solcher Weg führt in den Abgrund.“ Man muß davon ausgehen, daß diese Sorgen des SED-Generalsekretärs echt sind, daß sie bei den Differenzen zwischen Ost-Berlin und Moskau über die geplante Reise Honeckers in die Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielten. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung — jedenfalls, soweit diese öffentlich erkennbar wurde — war der Artikel in der „Prawda“ vom 27. Juli 1984, der unter der Überschrift „Im Schatten amerikanischer Raketen“ gegen eine Intensivierung und damit Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen gerichtet war.

Man mag sich vor diesem Hintergrund tatsächlich fragen, was von dem Konflikt, der weiterwirkt, in der Bundesrepublik, in Bonn wirklich verstanden wurde. Aus übergeordneten Interessen, im Blick auf die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland, muß man es letztlich fast begrüßen, daß Honecker auf diese Reise verzichtet hat; daß die Bundesregierung ihm nicht positive Resultate in Aussicht gestellt hatte, die am Ende angesichts der kontroversen Diskussion im Regierungslager vielleicht nicht hätten erfüllt werden können. Für den SED-Generalsekretär, der trotz sowjetischer Einwände in die Bundesrepublik gereist und von dort mit leeren Händen zurückgekehrt wäre, hätte dies möglicherweise früher oder später sogar personelle Konsequenzen haben können.

Inzwischen ist die Entwicklung ein Stück weitergegangen. Die Diskussion in der Bundesrepublik, wie offen die deutsche Frage sei, hat den Spielraum der DDR gegenüber Bonn nicht gerade erhöht. Die vier in seiner Geraer Rede vom 14. Oktober 1980 aufgestellten For-

¹³⁾ Deutschland-Archiv, (1984) 10, S. 1052: „Die Natur des Konflikts zwischen der SED-Führung und Moskau“; vgl. dazu auch die Erwiderung von Johannes Kuppe, „Zum Konflikt DDR-UdSSR, in: Deutschland-Archiv, (1984) 12, S. 1275 ff.

derungen liegen weiterhin auf dem Tisch. Die DDR wird immer, wenn es ihr opportun erscheint, an sie erinnern, ohne daß sich freilich viel bewegen kann: Die beiderseitigen Ständigen Vertretungen bleiben Ständige Vertretungen; es besteht keinerlei Anlaß, sie in Botschaften umzuwandeln, zumal ein solcher Schritt unserem Rechtsvorbehalt in bezug auf Deutschland als ganzes tatsächlich widersprechen würde.

Das gleiche läßt sich vom Streit über die Staatsbürgerschaft sagen, worüber ohnehin zu viel geredet und geschrieben wird. Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung in Salzgitter, wo Bewegung möglich gewesen wäre, steht nach dem jüngsten Mord an der Berliner Mauer im Dezember 1984 gleichfalls nicht zur Disposition; das weiß man auch in Ost-Berlin. Bleibt noch die Grenzlinie auf der Elbe entlang jener strittigen 93,7 Stromkilometer. Hierüber wird eines Tages, dann aber in einem größeren Zusammenhang, bei dem auch Wünsche der Bundesregierung an die DDR eine Rolle spielen, gesprochen werden. Freilich, vorerst ist es nicht soweit, und es läßt sich derzeit auch kein Anlaß erkennen, der ein solches Verhandlungspaket in absehbarer Zeit als möglich erschienen ließe.

Es soll hier nicht noch einmal näher auf die Absprachen mit der DDR über Reiseerleichterungen eingegangen werden, worüber Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt am 25. Juli 1984 vor der Presse in Bonn berichtete. An dieser Vereinbarung entzündete sich seinerzeit wegen der fehlenden Einbeziehung West-Berlins in die Verbesserungen beim Besucherverkehr, von der Umtauschsenkung für Rentner einmal abgesehen, eine heftige innenpolitische Diskussion. Man mag jenes Versäumnis auf einen Mangel an diesbezüglicher Erfahrung zurückführen, wenngleich solche „Kunstfehler“ in den siebziger Jahren nicht passiert sind; andererseits müssen die Chancen dafür, daß Zehntausende von West-Berlinern im Ostteil der Stadt sowie in der DDR bei Verwandten und Freunden übernachten können, ohnehin als nicht sonderlich groß bezeichnet werden. Denn lassen sich die wenigen Reisenden im sogenannten kleinen Grenzverkehr entlang der Zonengrenze leicht kontrollieren, wie könnte dies bei Besuchern aus West-Berlin geschehen, deren Zahl die diesbezüglichen Möglichkeiten des DDR-Staatssicherheitsdienstes weit überfordern dürfte? An den Erfordernissen des SSD aber führt, abgesehen von den Sowjets, immer noch kein Weg vorbei.

Weitere Reiseerleichterungen?

Sehr bald wird es kaum eine Fortsetzung solcher Absprachen zwischen Bonn und Ost-Berlin geben, jedenfalls nicht in größerem Umfang. Der Umstand, daß die DDR bisher diese Vereinbarung nirgendwo veröffentlicht hat, sollte zu denken geben. Andererseits steht in absehbarer Zeit auch keine Verschärfung des deutsch-deutschen Verhältnisses bevor; jedenfalls läßt sich eine solche negative Entwicklung derzeit nicht erkennen. Natürlich werden sich die Propagandisten der SED von Zeit zu Zeit zu Wort melden, sich zu Wort melden müssen. Zumal, wenn in der Bundesrepublik noch länger über die offene deutsche Frage diskutiert wird und in den Unionsparteien Grundsatzfragen des Ost-West-Verhältnisses und damit auch der Ostverträge aufgeworfen und allzusehr in den Vordergrund gerückt werden. Zu wünschen bleibt, daß diese letztere Diskussion sich bald aus dem politischen Raum in den Bereich des Staats- und Völkerrechts verlagert, wo diese Fragen, bis auf weiteres, sämtlich hingehören. Wer sich die über Monate hinziehenden quälenden Vorgänge im Zusammenhang mit den DDR-Bürgern in den Botschaften in Prag, Budapest und Warschau vor Augen führt, erkennt unschwer die Grenzen bundesdeutscher Rechtspositionen in der Praxis des Ost-West-Verhältnisses.

Dem Bundesaußenminister ist jedenfalls zuzustimmen, wenn er Ende Dezember letzten Jahres in Prag erklärte, die Bundesrepublik habe in den vergangenen Jahren wesentliche Beiträge dazu geleistet, den Zug der Entspannung „unter Dampf zu halten“. Jetzt, wo sich dieser Zug wieder in Bewegung setzt, „sitzt die Bundesrepublik nicht im Bremserhäuschen“. Dieser Eindruck konnte jedoch angesichts einer ausufernden innenpolitischen Diskussion über Deutschland in den Grenzen von 1937 sowie über die offene beziehungsweise nicht gelöste deutsche Frage zuweilen entstehen. Berlins Innensenator Lummer hat diese Debatte auf die einprägsame wie zutreffende Formel reduziert: Die deutsche Frage ist solange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist. Mögen aus Anlaß des 35. Jahrestages der DDR-Gründung am 6. Oktober 1984 stundenlang junge Menschen Unter den Linden vor der SED-Führung vorbeiziehen; solange sie dies an der nur wenige Meter entfernten, scharf bewachten Mauer tun müssen, ist in der Tat nichts über die Zukunft Deutschlands ausgesagt; wohlgemerkt: eines Deutschland zwischen Rhein und Oder — alles andere ist Träumerei.

Rahmenbedingungen deutscher Nahostpolitik

Die deutsche Nahostpolitik hatte im Jahre 1965 einen schweren Rückschlag erlitten. Damals brachen fast alle Staaten der Arabischen Liga ihre Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Der ägyptische Staatspräsident Abdel Nasser war infolge einer Kette von Aktionen und Reaktionen in einen Konflikt mit der Bundesrepublik geraten, die man folgendermaßen darstellen kann: Die Bundesrepublik hatte massive Waffenlieferungen an Israel durchgeführt, die zwar geheim gehalten werden sollten, jedoch in der deutschen Presse bekannt und diskutiert wurden. Im Gegenzug lud Nasser Ulbricht nach Kairo ein; die Bundesrepublik nahm offiziell Beziehungen zu Israel auf, und alle Staaten der Liga brachen ihre Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen blieben zwar bestehen und es gab auch politische Kontakte auf der Ebene von Geschäftsträgern, doch die Folgen des Abbruches von 1965 sollten sich bis 1972 hinziehen. Erst damals, zwei Jahre nach dem Tod Nassers, wurden die Beziehungen mit Ägypten wieder normalisiert. Im Jahre darauf stattete Walter Scheel als Außenminister einen Besuch in Kairo ab. Bundeskanzler Willy Brandt besuchte Ägypten 1974, nachdem er vorher in Israel gewesen war.

Eine neue Dimension erhielten die Beziehungen zur arabischen Welt, als im Jahre 1975 der im gesamteuropäischen und gesamtarabischen Rahmen gehaltene sogenannte Dialog zwischen den Europäern und Arabern begann. Er war nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1973 und der mit ihm verbundenen Vervielfachung des Erdölpreises zustande gekommen; doch konnte er seit 1978 nicht weitergeführt werden, weil Ägypten von der Arabischen Liga ausgeschlossen wurde. Dies geschah wegen der Friedenspolitik und des Friedensschlusses Sadats mit Israel.

Den europäischen Staaten mußte spätestens zu diesem Zeitpunkt deutlich geworden sein, daß keine eigene europäische Nahostpolitik möglich sei — bilaterale Beziehungen mit nahöstlichen Staaten stellen noch keine Nahostpolitik dar —, solange die Probleme, die zwischen Israel und der arabischen Welt bestehen, einfach „ausgeklammert“, das heißt nach Möglichkeit ignoriert werden. Dieser Streit zwischen Israel und der arabischen Welt bildet nun einmal für die Araber und auch für die Israelis ein zentrales Problem der

Nahostpolitik, ja recht eigentlich *das* zentrale Problem. Er besteht schon seit 1917, also lange vor der Gründung Israels, und hat unter dem britischen Mandat zu zahlreichen Aufstandsversuchen der palästinensischen Araber sowie Terrorakten der nach Palästina eingewanderten Juden gegen die palästinensischen Araber und das britische Mandat geführt. Er hat später bisher fünf Kriege zwischen den Arabern und Israel verursacht: 1948, 1956, 1967, 1973 und 1982, sowie zu zahlreichen Terrorakten von Palästinensern gegen Israel geführt.

Es läge aus zahlreichen Gründen im Interesse der europäischen Staaten und damit auch der Bundesrepublik, darauf hinzuwirken, daß keine weiteren Nahostkriege mehr ausbrechen. Als die wichtigsten dieser Gründe kann man nennen:

1. Die Gefahr einer Ausweitung solcher Kriege, die bis zu einem Zusammenstoß der beiden Supermächte und einem möglichen Ende der heutigen Zivilisation überhaupt führen könnte;
2. die Gefahren für die Erdölversorgung des europäischen Westens und Japans, die sich auch schon im Falle beschränkter Zusammenstöße oder innerer Unruhen in bestimmten arabischen Staaten ergeben könnten;
3. die Rückschläge für die Entwicklung des strategisch wichtigen, aber bisher mehr turbulenten als stabilen nahöstlichen Gebietes als Gesamtregion, die sich aus den Kriegen und aus der Notwendigkeit für beide Seiten, beständig für Kriege zu rüsten, ergeben;
4. die Gefahr, daß früher oder später Atomwaffen in den lokalen Nahostkonflikten eingesetzt werden könnten mit heute kaum vorausschaubaren Folgen.

1. Die Gefahr, daß aus dem nächsten oder übernächsten Nahostkrieg ein Weltkrieg werden könnte, wächst in dem Maße an, in dem sich die Supermächte auf den beiden feindlichen Seiten engagieren. Daß die Amerikaner auf israelischer Seite und die Sowjets auf jener bestimmter arabischer Staaten — die man meist als die „radikalen“ bezeichnet — immer direkter impliziert sind, läßt sich aus der Geschichte der bisherigen Konflikte ablesen. Heute hat die Sowjetunion nicht nur Berater, sondern auch operative Truppen (z. B. für den Einsatz von Luftabwehrraketen) in Sy-

rien stationiert. Sie liefert ferner Waffen nach Syrien, in den Irak, nach Libyen, an beide Jemen und neuerdings auch in beschränktem Maße an Kuwait, in der Zukunft möglicherweise auch an Jordanien. Sie unterhält Freundschaftspakte mit Syrien, dem Irak, den beiden Jemen, und sie hat Libyen indirekt durch ein Bündnis mit Äthiopien und Südjemen in ihren Einflußbereich eingebunden.

Umgekehrt ist unter Präsident Reagan immer wieder von „strategischer Zusammenarbeit“ zwischen Israel und den Vereinigten Staaten die Rede. Solange auch Ägypten und Saudi-Arabien mit zum amerikanischen Einflußbereich gehören, ist ein regionales Übergewicht der westlichen Seite im nahöstlichen Raum festzustellen. Doch besteht kein Zweifel, daß die Sowjetunion stets in der Lage sein wird, ein Gefälle, das zu ihren Gunsten besteht, in dieser Region auszunützen, solange die Kriegsgefahren und Kriegsdrohungen zwischen den Arabern und Israel fortbestehen. Dieses Gefälle ergibt sich daraus, daß die Vereinigten Staaten von der gesamten arabischen und auch von fast der gesamten islamischen Welt als der Hauptverbündete Israels gesehen werden, dessen Unterstützung im weltpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich es Israel erlaube, Kriege gegen die arabischen Staaten zu führen. Der Umstand, daß der letzte dieser Kriege nach allen objektiven Kriterien, die sich anwenden lassen, als ein Aggressionskrieg bezeichnet werden muß, verstärkt natürlich die in der arabischen Welt allgemein verbreitete Ansicht, daß Israel heute darauf ausgehe, mit Hilfe der Amerikaner eine Hegemonierolle im ganzen Nahen Osten zu erlangen und die arabische Staatenwelt durch Auflösung der bisher bestehenden Nationalstaaten in einander bekämpfende Religionsgemeinschaften — wie es sich in Libanon abzeichnet — zu entmachten und in einen „hundertjährigen Krieg“ (Amin Gemayel) aller gegen alle zu stürzen.

2. Was die Ölversorgung angeht, so ist festzuhalten, daß Störungen in der arabischen und nahöstlichen Welt (d. h. einschließlich der Türkei und Irans) die europäische und die japanische Industrie viel direkter und gefährlicher treffen als die amerikanische. Dies gilt trotz der bestehenden Absprachen im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur.

3. Stabilität im nahöstlichen Raum kann langfristig nur durch erfolgreiche Entwicklungsanstrengungen gefördert werden. Sie ist für den benachbarten europäischen Kontinent, welchem der Nahe Osten als Durchgangsbereich und als Entwicklungspartner dient, von viel größerer Wichtigkeit als für die Amerika-

ner. Sie ist übrigens auch ein Anliegen der Sowjetunion, die immer wieder darauf hinweist, daß es sich bei der Region im weiteren Sinne (einschließlich der Türkei und Irans) um direkte Nachbarn handle. Der Wunsch nach Stabilität wird in Moskau allerdings gelegentlich durch das Begehren aufgewogen, die Amerikaner als Haupteinflußnehmer aus der Region nach Möglichkeit zurückzudrängen.

4. Was die Gefahr eines Atomkrieges im Nahen Osten angeht, so ist sie heute dort größer als in irgendeinem anderen Weltteil — wenn man vom gegenseitigen Patt der beiden Supermächte in ihrer weltweiten Konfrontation einmal absehen will. Israel besitzt ohne Zweifel eine atomare Kapazität, die durch keine internationale Agentur kontrolliert wird. Ob fertig hergestellte Atombomben zur Zeit in Israel gelagert werden, ist ungewiß, muß aber als Möglichkeit vermutet werden. Auf der arabisch-islamischen Seite sind Bemühungen im Gange, den Rückstand, der in dieser Hinsicht wie in manchen anderen Bereichen gegenüber Israel besteht, auszugleichen. Pakistan gilt als der am weitesten vorgeschrittene Fabrikant von atomaren Waffen in der islamischen Welt. Man sucht diese hier wohl in erster Linie im Hinblick auf die atomare Kapazität Indiens zu entwickeln. Doch bei den engen Verbindungen finanzieller, politischer sowie militärischer Natur, die zwischen Pakistan und Saudi-Arabien bestehen, kann man nicht ganz ausschließen, daß am Ende die pakistanische Atomkapazität nicht gegen Indien, sondern gegen Israel in einem künftigen Nahostkonflikt zum Einsatz gelangen könnte.

Auch die arabischen Staaten — besonders der Irak und Ägypten sowie neuerdings Libyen — sind an einer nuklearen Entwicklung interessiert; der Iran ist heute offensichtlich bemüht, atomare Projekte aus der Zeit des Schahs, die zunächst der Elektrizitätsgewinnung dienen sollten und von einer deutschen Gruppe betreut wurden, wieder aufzunehmen. Solange der Israelkonflikt fortschwehlt, wächst also die Gefahr, daß er zu einem Atomkrieg in dieser Region führen könnte, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter an.

Alle diese Faktoren haben in den EG, und in ihrem Verbund auch in der Bundesrepublik, zu der Erkenntnis geführt, daß eine konkretere Nahostpolitik notwendig ist. Sie müßte über die Pflege bilateraler Beziehungen mit den verschiedenen, untereinander vielfältig konfrontierten Staaten der Region hinausreichen und darauf ausgehen, im Sinne einer Befriedigung der ganzen Region zu wirken. Vor-

aussetzung dazu wäre ohne Zweifel eine Reduktion der Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn sowie die Förderung eines Friedens nicht allein zwischen Ägypten und Israel (dieser kann schwerlich Bestand haben, wenn die übrige arabische Welt ihn nicht nachvollzieht und Israel nicht zu diesem Zweck notwendige Konzessionen eingeht), sondern zwischen Israel und all seinen arabischen Nachbarn.

Wie in der Sicht der europäischen Staaten ein solcher Frieden aussehen sollte, haben diese in einer gemeinsamen Erklärung von Venedig am 13. Juni 1980 niedergelegt. Doch Erklärungen allein, selbst wenn sie periodisch wiederholt werden, machen noch keine Politik. Um Politik zu werden, müßten sie durch Aktionen konkretisiert und realisiert werden. Deklarationen, die im Raum stehen, ohne zu Handlungen zu führen, können sogar negative Politik werden, weil sie schließlich den Eindruck erwecken, daß es dem diese Erklärungen abgebenden Staat oder Staatenbund nicht wirklich ernst damit ist.

All dies wirft die Frage auf, ob die Bundesrepublik etwas tut oder tun könnte, um die von ihr mitunterzeichneten Grundsätze eines Nahostfriedens der Verwirklichung näher zu bringen. Bei genauerem Zusehen muß allerdings eingestanden werden, daß es für die Bundesrepublik wohl noch schwieriger sein dürfte als für die übrigen Staaten der EG, hier etwas praktisches zu unternehmen, das über bloße Erklärungen hinausginge.

Man muß einräumen, daß der Staat Israel in der Bundesrepublik einen bedeutenden Einfluß besitzt und ausübt, der sich zu großen Teilen auf das durch die Untaten der Nazi-Zeit gegenüber Juden gegebene Schuldbewußtsein gründet. Dieser Einfluß Israels in der Bundesrepublik aufgrund der Vergangenheit Deutschlands ist ein politisches Faktum, an dem nicht gezweifelt werden kann. Er würde Maßnahmen, die dazu bestimmt wären, Israel zu einer kompromißwilligeren Haltung zu veranlassen, erschweren oder von vornherein nicht ermöglichen. Man stelle sich z. B. vor, was geschähe, falls die Bundesrepublik etwa wirtschaftliche Maßnahmen gegen Israel ergreifen wollte, um es zu veranlassen, sich bereit zu zeigen, gegen Friedenszusicherungen die heute besetzten arabischen Gebiete herauszugeben. Ein weltweiter Aufschrei mit dem Grundton „ausgerechnet die Deutschen“ würde erfolgen und sowohl in Deutschland selbst wie im übrigen Europa und in den USA ein lautes Echo finden. Eine politische Position im angedeuteten Sinne wäre also schwerlich zu halten und der Scha-

den in diesem Fall bedeutend größer als der Nutzen.

Jede deutsche Regierung ist ferner darauf angewiesen, ein gutes Verhältnis zum wichtigsten Partner in der NATO, den Vereinigten Staaten, zu bewahren, und ein solches würde ohne Zweifel gefährdet, falls die Bundesrepublik konkrete Schritte unternehmen wollte, um Israel zu einer friedfertigeren Haltung zu zwingen, als es sie heute an den Tag legt, ohne daß ein derartiger Schritt zuvor mit den USA abgesprochen worden wäre. Der Verfasser kann sich keinen Fall denken, in dem es für die Bundesrepublik im Alleingang möglich wäre, etwas Entscheidendes zu unternehmen, um auf Israel im Sinne einer größeren Friedensbereitschaft Druck auszuüben.

Man kann der Vollständigkeit halber fragen, ob es denn denkbar sei, umgekehrt auf die Araber einzuwirken, um sie zu einer größeren Friedensbereitschaft zu veranlassen. Im Rahmen der bilateralen Beziehungen wird dies zweifellos hier oder dort, diskret und vorsichtig, versucht. Man spricht gerne von „flankierenden Maßnahmen“, die bewirken sollen, daß bestimmte friedenswillige Staaten, besonders Ägypten, ihre Politik durchhalten können und nicht gezwungen werden, arabischem Druck nachgeben zu müssen.

In der Tat gehört die Bundesrepublik nach den USA heute zu den wichtigsten Quellen finanzieller und projektgebundener Unterstützung, die Ägypten erhält. Eine engere Zusammenarbeit mit Jordanien mag dazu dienen, das Königreich, das sich heute über die seiner Ansicht nach einseitig pro-israelische Politik der Amerikaner recht ungehalten zeigt, davor zu bewahren, immer mehr auf sowjetische politische Hilfe und Waffenlieferungen zu setzen. Ähnliche Argumente kann man sich für den Irak und die Bedeutung seiner Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik — und mit anderen europäischen Staaten, besonders Frankreich — zurechtlegen. Doch muß man bei näherem Zusehen einräumen, daß es sich hier wirklich nur um *flankierende* Maßnahmen handelt in dem Sinne, daß sie nicht die eigentlichen Hauptprobleme angehen, sondern diese auf sich beruhen lassen. Im Falle Ägyptens beispielsweise ist es während der letzten Jahre deutlich geworden, daß der Camp-David-Prozeß trotz aller Unterstützung, die Kairo aus den USA und anderen westlichen Staaten erhält, blockiert ist, weil Israel sich bisher weigerte, auf die ägyptischen Vorstellungen über die Verwirklichung der Verträge des zweiten Teils des Abkommens von Camp David auch nur einzugehen und statt dessen im Libanon zu Gewaltmaß-

nahmen gegriffen hat. Das Abkommen sieht „Autonomie“ für die Palästinenser der Westbankgebiete vor. Dann, nach fünf Jahren, eventuelle Selbstbestimmung. Für die Ägypter bedeutete Autonomie, wie das Wort normalerweise verstanden wird, ein autonomes Gebiet. Doch Begin erfand den Begriff einer „personellen Autonomie“, die sich nur auf Personen, nicht auf Territorien beziehen sollte. An diesen gegensätzlichen Interpretationen scheiterte die Durchführung des Zweiten Teils des Camp-David-Abkommens.

Theoretisch bestünde zwar die Möglichkeit für eine oder für mehrere westliche Mächte, ungeachtet der tatsächlichen Lage der Dinge den Israeli pauschal recht und den Ägyptern unrecht zu geben; Ägypten also zu drohen, man werde ihm alle Unterstützung entziehen, wenn es sich nicht den israelischen Vorstellungen füge, um so zu versuchen, auf diesem Wege eine Pax Israelica zu erreichen. In der Praxis würde dies zu einem alles bisherige weit übertreffenden Ressentiment der arabischen Welt gegenüber dem Westen führen und langfristig wohl unvermeidlich dazu, daß sich auch die bisher mit dem Westen zusammenarbeitenden arabischen Staaten immer mehr auf die Sowjetunion abstützten und mit ihr gemeinsame Sache machten. Der Westen würde am Ende mit einem überstarken und kriegerisch gestimmten Kleinstaat Israel als einzigem Verbündeten in einer von der Sowjetunion dirigierten feindlichen arabischen Welt verbleiben. Dies kann nicht das Ziel einer vernünftigen Nahostpolitik irgendeines westlichen Staates sein.

Als einzige wirklich brauchbare Aktionsmöglichkeit sieht der Verfasser nur eine: nämlich auf die Vereinigten Staaten in dem Sinne einzuwirken, daß diese ihre bedingungslose Unterstützung Israels soweit modifizierten, daß die Israelis gezwungen wären, an einen realistischen Kompromißfrieden mit der arabischen Welt zu denken. Zwar ist dies angesichts der in den Vereinigten Staaten gerade auf der volkstümlichen Ebene tief verankerten Vorstellung von Israel als dem Schützling und bevorzugten Verbündeten der USA im Nahen Osten keineswegs eine leichte Aufgabe; es würde jedoch sowohl für die Bundesrepublik als auch für die Gesamtheit der europäischen Staaten den einzig gangbaren Weg darstellen, der zu einem Ausgleich in dem arabisch-israelischen Streit und damit zu einem einigermaßen dauerhaften Frieden zwischen den beiden heute machtmäßig allzu ungleichen Streitparteien führen könnte. Solange die Israelis gewiß sind, daß sie in allen ihren Aktionen, gleich welcher Art, von den Vereinigten Staaten unterstützt werden und

jederzeit mit der Hilfe der Vereinigten Staaten rechnen können, wäre es völlig unrealistisch, annehmen zu wollen, sie könnten sich bereit zeigen, irgendwelche Konzessionen der Art einzugehen, die einen Frieden mit der arabischen Welt ermöglichen würden.

Ein direkter Druck auf Israel, um es zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen, kommt für die Bundesrepublik aus den genannten Gründen nicht in Frage und wäre wohl auch von der Gesamtheit der Europäischen Gemeinschaft nicht ausübbar. Dies unter anderem deshalb, weil er wohl durch noch weiter verstärkte Hilfe aus Washington kompensiert werden würde. Es bleibt also für die europäischen NATO-Partner genau besehen keine andere Möglichkeit, als zu versuchen, auf die USA in dem Sinne einzuwirken, daß sie ihre Nahostpolitik soweit revidieren, daß ein Kompromißfrieden im Nahen Osten in den Bereich der praktischen Möglichkeiten rückt.

Dies müßte nach Ansicht des Verfassers die Hauptaufgabe einer jeden Nahostpolitik sein, die wirklich auf Frieden zielt und damit die Hauptanliegen einer solchen Politik wirklich ernst nimmt. Die sogenannten flankierenden Maßnahmen, die dazu dienen, den gemäßigten Nahoststaaten zwar ein Überleben zu sichern, die jedoch nicht darauf ausgehen, jenes Friedensklima zu verwirklichen, das auf längere Sicht allein es ermöglichen würde, die notwendige Entwicklung auf der wirtschaftlichen und der sozialen Ebene in den verschiedenen Staaten des Nahen Ostens entscheidend zu fördern, stellen in den Augen des Verfassers nicht viel mehr dar als ein Alibi. Denn damit vermeidet man es, die als gerecht und richtig erkannten Maßnahmen in den Venedig-Erklärungen vom 13. Juni 1980 zumindest mit den Mitteln zu fördern, die eine Möglichkeit politischer Wirksamkeit zu versprechen scheinen:

— sich „in konkreter Weise für den Frieden einsetzen“;

— anzuerkennen das „Existenzrecht und Recht auf Sicherheit aller Staaten der Region einschließlich Israels sowie der Gerechtigkeit für alle Völker, was die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes beinhaltet“;

— sich einzusetzen für „das Recht aller Völker, innerhalb sicherer Grenzen zu leben. Garantien für Friedensregelung ...“;

— die Feststellung, daß das „Palästinenserproblem ... endlich eine gerechte Lösung finden muß. Das palästinensische Volk ... muß in die Lage versetzt werden, ... sein Selbstbestimmungsrecht voll auszuüben“.

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten liefert die Bundesrepublik zur Zeit keine Waffen in den Nahen Osten. Für „Spannungsgebiete“ ist ihr dies per Gesetz verboten. Wo allerdings diese Spannungsgebiete sind, steht in bestimmten Fällen, z. B. jenem Saudi-Arabiens, der Interpretation offen. Die Bundesrepublik hat sich zu der Auslegung durchgerungen, daß auch Saudi-Arabien als ein Spannungsgebiet einzustufen sei und daher keine Leopard-II-Panzer von der Bundesrepublik erhalten könne. Diese Auslegung wurde aufrechterhalten, obwohl es für die deutsche Wirtschaft durchaus vorteilhaft wäre, die von Saudi-Arabien gewünschten Panzer zu liefern.

Außenstehende Beobachter fragen sich, wie weit die ablehnende Interpretation unter israelischem Druck oder der Furcht vor solchem zustande gekommen sein mag. Wäre die Entscheidung ebenso ausgefallen, wenn der Einfluß nicht bestünde, den Israel angesichts der deutschen Vergangenheit zu Recht oder zu Unrecht heute noch ausübt? Falls es sich in der Zukunft als zutreffend erweisen sollte, daß in der Tat gleichwertige Waffen, mit bestimmten Einzelteilen, die in Deutschland hergestellt werden, auf dem Weg des Lizenzbaus etwa über Spanien an Saudi-Arabien geliefert würden, wäre der These eines echten Prinzipienentscheides wohl jedenfalls der Boden entzogen.

Wahrheitsfindung im nahöstlichen Bereich ist gewiß nicht einfach; es gehört jedoch zu den Voraussetzungen einer jeden Friedenspolitik in einem demokratischen Staat, daß die bestehenden Vorurteile und Globalslogans abgebaut und eine differenziertere Sicht der Dinge gefördert werden. Neben den Bemühungen, in den USA wie in allen europäischen Staaten ein detaillierteres und realistischeres Verständnis der Lage im Nahen Osten zu fördern, müßte man wohl auch versuchen, im arabischen Raum Realismus, wo immer er sich zeigt, gegenüber den wilderen Vorstellungen von Guerillakampf und Revolution zu ermutigen — was freilich in einer Art und Weise geschehen müßte, die es vermeidet, als bloßer Sprecher des Imperialismus oder Kolonialismus eingestuft zu werden. Daß dies eine Gratwanderung bedeutet, ist dem Verfasser auch aus eigener Erfahrung bekannt. In solchen Bereichen ist bilaterales Wirken möglich und angebracht. In ihnen muß nicht im europäischen Verbund gehandelt werden.

Von den Israelis gilt das gleiche. Es gibt Gruppierungen, Bemühungen und Ausrichtungen in Israel, welche die Notwendigkeit eines Kompromisses mit den Arabern einsehen und auf einen solchen zusteuern möchten. Obwohl sie Minderheiten darstellen, oder gerade darum, verdienen sie Unterstützung und Beachtung.

Kommentar und Replik

„AirLand-Battle“-Konzept

Zum Beitrag von K.-Peter Stratmann,
„AirLand Battle“ — Zerrbild und Wirklichkeit, in: B 48/84, S. 19—30

K.-Peter Stratmann versucht in seinem Beitrag die auch von mir vertretene Auffassung zu widerlegen, die AirLand Battle (ALB)-Doktrin sei mit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion in einigen Punkten unvereinbar (vgl. meinen Aufsatz „AirLand Battle und Rogers-Plan“, in: Die Neue Gesellschaft 4/84). Bevor ich auf seine Argumente eingehe, möchte ich begründen, worin diese Unvereinbarkeit liegt:

1. Die NATO betont, daß sie im Unterschied zum Warschauer Pakt (WP) im Konfliktfall nicht bestrebt ist, die Kampfhandlungen durch raumgreifende Offensivoperationen auf das Territorium des Gegners zu tragen. Vorneverteidigung bedeutet laut Weißbuch 1983 „grenznahe, zusammenhängende Verteidigung, mit dem Ziel, kein Gebiet preiszugeben und Schäden zu begrenzen“ (S. 146). „Örtliche Gegenangriffe“ werden zwar nicht ausgeschlossen, aber — so Generalinspekteur Altenburg — es gibt „keinerlei Planung der NATO, über die Grenzen hinweg zu reagieren“ (FAZ v. 12. 3. 1983, S. 4). Diese politisch-strategische Selbstbeschränkung der NATO gilt für die Operationsführung ihrer Landstreitkräfte, nicht jedoch für das Einwirken mit Waffengewalt, d. h. die NATO behält sich vor, Ziele auf feindlichem Territorium mit Flugzeugen, Raketen und Artillerie zu zerstören.

Die ALB-Doktrin sieht demgegenüber nach Aussage des NATO-Oberbefehlshabers, General Rogers, den „massiven Angriff mit Bodentruppen über die Grenze“ vor (STERN-Interview, Nr. 33 v. 9. 8. 1984, S. 6). Im Field Manual (FM) 100—5 manifestiert sich diese Intention u. a. durch die Hervorhebung von Offensivoperationen als „entscheidende *Kriegsform*“ (S. 8—1; Herv. von mir), die dem Ziel einer „Vernichtung der gegnerischen Streitmacht“ und dem „Sieg über den Feind“ (S. 2—1) dienen sollen.

Dementsprechend heißt es z. B. in einem Aufsatz eines US-Heeresoffiziers, dem ein Vorwort des früheren Leiters der mit der Ausarbeitung der ALB-Doktrin befaßten Heeresbehörde und des jetzigen Oberbefehlshabers der US-Landstreitkräfte in Europa, General Otis, vorangestellt ist, daß „das offensive Wesen dieses Konzepts Beweglichkeit ganz

und gar als Angriff versteht und nicht mit Gegenangriffen oder beweglicher Verteidigung verwechselt werden darf“ (John S. Doerfel, *The Operational Art of the AirLand Battle*, in: *Military Review*, Mai 1982, S. 6). Im gleichen Sinne sprechen zwei andere Heeresoffiziere, die an der Abfassung von FM 100—5 beteiligt waren, von „opportunistischen örtlichen Gegenangriffen“ als einer Durchgangsstation zur Aufnahme von Offensivoperationen (Huba Wass de Czege/L. D. Holder, *The new FM 100—5*, in: *Military Review*, Juli 1982, S. 64).

Das zweite Indiz für die in der ALB-Doktrin angelegte Abkehr von einer „Verteidigung von vorne“ hin zu einer „Verteidigung nach vorwärts“ (diese begriffliche Unterscheidung macht der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, in seinem Buch „Führen — im Frieden“, München 1974, S. 194) liegt in dem Gewicht, das im FM 100—5 auf das „maneuver“-Prinzip gelegt wird („maneuver“ könnte man mit „beweglicher Operationsführung“ übersetzen). Dort heißt es, daß „feindliche Streitkräfte *in ihrer ganzen Tiefe* mit Feuerkraft und ‚maneuver‘ angegriffen“ werden sollten (S. 1—5; Herv. von mir). Mit anderen Worten: Der Kampf soll nicht nur — wie es die herrschende NATO-Doktrin will — durch Waffeneinwirkung in das gegnerische Hinterland getragen werden, sondern auch — wie General Rogers es genannt hat — durch den „massiven Angriff mit Bodentruppen“. Ganz unverblümt spricht denn auch ein hoher militärischer Vertreter des Pentagon davon, daß der „Angriff in die Tiefe“, wie ihn die ALB-Doktrin vorsehe, auch durch Landstreitkräfte „Dutzende von Kilometern in das Gebiet des WP hinein“ durchgeführt werden könne (Generalmajor William E. Odom, Assistant Chief of Staff for Intelligence, Department of the Army, in: *Adelphi Papers*, No. 191, S. 23).

2. Wegen des in der ALB-Doktrin angelegten und von einigen militärischen Interpreten offen propagierten Übergangs zu einer offensiv ausgerichteten Verteidigung gerät das Konzept in Konflikt mit dem defensiven Kriegsziel der NATO, Schaden zu begrenzen, den Krieg rasch zu beenden und sich darauf zu beschränken, die Integrität des ei-

genen Territoriums zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Ein massiver operativ-taktischer Einsatz von Truppen über die innerdeutsche Grenze hinweg könnte aus sowjetischer Sicht sehr schnell zu einem strategischen Vorstoß der NATO werden, weil er — ob gewollt oder nicht — die sowjetische Fähigkeit zur Kontrolle ihres osteuropäischen Vorfeldes bedrohen würde. Dies könnte eskalatorische Reaktionen seitens der Sowjetunion hervorrufen, die die von der NATO angestrebte Rückkehr zum Status quo ante bellum durchkreuzten.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die defensive Zielsetzung der NATO in dem auch von Stratmann berücksichtigten TRADOC-Pamphlet offen in Frage gestellt wird: „Auf dem Gebiet der NATO, im Mittleren Osten und in Korea muß unsere defensive Strategie darüber hinausgehen, der anderen Seite nur den Sieg zu verwehren, und statt dessen einen definierbaren, deutlich erkennbaren (wenngleich möglicherweise begrenzten) Sieg für den Verteidiger anstreben. Dem Gegner muß klar sein, daß es im Falle seines Angriffs keine Rückkehr zum Status quo ante bellum — etwas, das wiederhergestellt werden soll — geben wird, sondern daß die Lage, die er selbst geschaffen hat, eine ist, die zu neuen Bedingungen entschieden wird.“ (TRADOC Pamphlet No. 525—5, 25 March 1981, S. 5.).

3. Die NATO will Nuklearwaffen als erste nur in politisch kontrollierter, selektiver Form einsetzen (vgl. Weißbuch 1983, S. 148). Verteidigungsminister Wörner und Generalinspekteur Altenburg haben in der Nachrüstungs-Diskussion wiederholt betont, daß sich mit Nuklearwaffen kein Krieg führen lasse und sie allenfalls als politische Mittel zur Kriegsbeendigung dienen könnten.

Demgegenüber werden im FM 100—5 Nuklearwaffen nicht in erster Linie als politische Kriegsverhütungs- und Kriegsbeendigungsmittel, sondern als militärische Kriegsführungsinstrumente behandelt. Von dieser Entpolitisierung, die im FM 100—5 unter dem Stichwort „integriertes Gefechtsfeld“ enthalten ist, zeugen u. a. folgende Passagen: „Durch die Ausdehnung des Gefechtsfeldes und die Integration von konventionellen, nuklearen, chemischen und elektronischen Mitteln können die Streitkräfte Verwundbarkeiten des Gegners überall ausnutzen“ (S. 1—5); „Nuklearwaffen sind besonders wirksam zur Bekämpfung von nachfolgenden Truppen oder von Truppen in der Tiefe ...“ (S. 7—15); „nukleare und chemische Waffen erweitern auf dramatische Weise die Möglichkeiten für plötzliche Veränderungen auf dem Gefechtsfeld, die für Angriffe genutzt werden könnten“ (S. 8—6).

Aus der Sicht militärischer Planer mag es legitim erscheinen, alle vorhandenen Einsatzmittel allein unter dem Einsatz ihres militärischen Gebrauchswerts zu bewerten und in Operationsvorkehrun-

gen einzubauen. (In der Tat stellt sich hier ja auch die Frage, wozu denn die NATO mehrere Tausend nukleare Gefechtsköpfe in Westeuropa lagert, wenn man andererseits erklärt, mit ihnen keine Kriege führen zu wollen. Insofern sind einige ALB-Strategen nur konsequent, wenn sie Überlegungen anstellen, wie das bestehende Potential militärisch sinnvoll gebraucht werden könnte.)

Die tendenzielle Konventionalisierung von Nuklearwaffen im FM 100—5 hat aus europäischer Sicht vor allem zwei beunruhigende Aspekte: Erstens läuft sie quer zu den Bemühungen der NATO um eine Anhebung der nuklearen Schwelle, und zweitens fördert sie im amerikanischen Heer Einstellungen und Erwartungen, auf die frühzeitige Freigabe von Nuklearwaffen zu drängen. So wird z. B. von dem an der Entwicklung der ALB-Doktrin beteiligten General Starry ein Szenario entworfen, in dem der „frühzeitige Einsatz von taktisch-nuklearen und chemischen Waffen auf dem Gebiet des Gegners“ als „vorteilhaft“ bezeichnet wird (Donn A. Starry, *Extending the Battlefield*, in: *Military Review*, März 1981, S. 39), und die „Washington Post“ berichtete am 21. 7. 1982, Sprecher des US-Heeres hätten sich während vertraulicher „Briefings“ über die ALB-Doktrin im Repräsentantenhaus für eine „Vorab-Freigabeerlaubnis“ für taktische Nuklearwaffen ausgesprochen.

4. Mit diesen Hinweisen darauf, daß die ALB-Doktrin und die NATO-Strategie in einigen Punkten nicht in Einklang zu bringen sind, soll nicht behauptet werden, die USA seien zielstrebig dabei, die NATO-Strategie auf eine offensive Kriegsführungsdoktrin umzustellen. Ich bin wie Stratmann der Meinung, daß ein solches Vorhaben angesichts der gegenwärtigen und zu erwartenden militärischen Kräfteverhältnisse in Europa von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre.

Trotzdem bleibt Kritik am ALB-Konzept notwendig. Wenn sich das US-Heer an Ausbildungs- und Einsatzgrundsätzen orientiert, die mit der Defensivstrategie der NATO in einigen wesentlichen Punkten unvereinbar sind, beeinträchtigt dies sowohl die innere wie auch die äußere Glaubwürdigkeit der westlichen Sicherheitspolitik: In und zwischen den NATO-Staaten erschwert die ALB-Doktrin die Wiedergewinnung des durch die Nachrüstungs-Kontroverse angeschlagenen sicherheitspolitischen Konsens, und im Verhältnis zur Sowjetunion führt sie zu einer weiteren Verhärtung und damit Verminderung der Chancen von Rüstungskontrolle und Entspannung.

Es ist deshalb um so bedauerlicher, daß Stratmann die militärstrategischen und politischen Implikationen der ALB-Doktrin herunterspielt. Zwar räumt er ein, daß sie „durchaus Aussagen, Einschätzungen und Empfehlungen (enthält), die mit kritischen Vorbehalten gesehen werden müssen“ (S. 29); einer Diskussion dieser kritikwürdigen

Aspekte weicht er jedoch weitgehend aus, da er Bedenken lediglich hinsichtlich des „Konzepts des ‚integrated battlefield‘“ anmeldet, und das auch nur in seiner „Formulierung“ (S. 25). Ansonsten aber bescheinigt er — ähnlich wie Staatssekretär Ruehl vom Bundesverteidigungsministerium (vgl. Frankfurter Rundschau v. 30. 10. 1984, S. 14) — den ALB-Kritikern „Unfähigkeit, den fundamentalen Unterschied zwischen einer militärstrategischen Doktrin und der Formulierung von *operativ-taktischen* Grundsätzen für die Gefechtsführung von Korps und Divisionen zu erkennen oder seine Bedeutung zu begreifen“ (S. 23).

Ein eindimensionaler Rückschluß von Gefechtsführungsvorschriften auf politisch-strategische Ziele wäre gewiß unzulässig; andererseits jedoch müssen sich gerade wegen des von Stratmann beanspruchten Primats der Strategie ihre zentralen Prinzipien auch in operativ-taktischen Richtlinien niederschlagen. Wesentliche Elemente der NATO-Strategie wie das Prinzip der defensiven Vorverteidigung und der politischen Rolle von Nuklearwaffen werden jedoch von der ALB-Doktrin nicht umgesetzt.

Stratmann erwähnt z. B. die im TRADOC-Pamphlet enthaltene Aussage, daß es keine Wiederherstellung des Status quo ante bellum geben dürfe. Wie sich dieser Anspruch mit dem Ziel der NATO, die Integrität ihres Territoriums zu bewahren bzw. wiederherzustellen, auf einen Nenner bringen läßt, erklärt er nicht. Vielmehr entzieht er sich dieser Frage durch den Rückzug auf die Gefechtsfeldebene von ALB. Dabei begeht er den gleichen Fehler, den er den Kritikern vorwirft, indem er von der Formulierung operativ-taktischer Grundsätze auf militärstrategische Doktrinen schließt. Denn anstatt sich mit der Verträglichkeit der eindeutigen politisch-strategischen Vorgabe des TRADOC-Dokuments mit der NATO-Strategie auseinanderzusetzen, weicht er auf die „Begrenztheit“ der operativ-taktischen Ebene aus und suggeriert dadurch eine defensive Ausrichtung der übergeordneten militärstrategischen und politischen Doktrin.

Auch sein Versuch, das Konzept des „erweiterten Gefechtsfeldes“ mit dem Vorverteidigungsprinzip der NATO zu harmonisieren, überzeugt nicht. Zunächst hätte man Belege für seine Behauptung erwarten können, daß „klar erkennbar ist, daß nach der AirLand-Battle-Doktrin im rückwärtigen Teil dieses Raumes (von 100 bis 150 km Tiefe auf gegnerischem Gebiet; E. L.) vor allem die eigenen Luftstreitkräfte mit Feuer wirken sollen (Gefechtsfeldabriegelung), während sich die Rolle der Landstreitkräfte dort auf Kommandounternehmen kleinerer Sondereinheiten, Luftlandeeinheiten und dergleichen beschränkt“ (S. 24). Die von mir oben zitierten Passagen aus dem FM 100—5 sowie die wiedergegebenen Interpretationen amerikani-

scher Heeresoffiziere weisen jedenfalls in eine andere Richtung. Darüber hinaus jedoch läßt die zitierte Aussage des NATO-Oberbefehlshabers an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Einer Fehleinschätzung unterliegt Stratmann schließlich hinsichtlich der Rolle von Nuklearwaffen in der ALB-Doktrin und der NATO-Strategie. Er erkennt zwar „eine Tendenz“ von ALB-Texten an, „in technisch verengter Perspektive nukleare und chemische Waffen wegen ihrer unter Umständen erheblich stärkeren militärischen Wirkung als *bevorzugte* Kampfmittel erscheinen zu lassen“ (S. 25), weist aber diesbezügliche Kritik mit dem Hinweis auf „das unveränderte leitende Interesse der amerikanischen Politik, durch die Verstärkung konventioneller Streitkräfte die Abhängigkeit vom möglichen Einsatz nuklearer Waffen zu verringern“ (ebd.), zurück. Ein solches Interesse soll hier nicht bestritten werden; gleichwohl ist angesichts der oben angeführten Evidenz (vgl. Punkt 3) festzustellen, daß die von Stratmann unterstrichene „kategoriale Unterscheidung nicht-nuklearer und nuklearer Waffen in der amerikanischen Militärstrategie“ (ebd.) von der ALB-Doktrin nicht widergespiegelt wird.

Was die NATO-Strategie betrifft, wendet sich Stratmann gegen „die übermäßig vereinfachende Einordnung atomarer Waffen als angeblich nur ‚politische Waffen‘ der Abschreckung“ (S. 29). Der politische Charakter von Nuklearwaffen und damit die Stabilität nuklearer Abschreckung beruhen jedoch darauf, daß sich mit ihnen Kriege im Sinne einer rationalen Ziel-Mittel-Beziehung nicht mehr führen lassen. Jeder Versuch, Nuklearwaffen als einsetzbare Kriegsführungsinstrumente mit militärisch-operativer Zielsetzung einzuplanen, schwächt daher die Abschreckung vor dem Krieg ebenso wie ihre Wiederherstellung im Krieg, die die NATO durch einen evtl. politisch kontrollierten, selektiven Gebrauch von Nuklearwaffen erreichen möchte. Stratmanns Beitrag leidet vor diesem Hintergrund daran, daß er sich — offenbar in dem Bestreben, eine entsprechende Einschätzung von ALB-Kritikern zu widerlegen — der Gefahr aussetzt, einer entpolitisierten Vorstellung über die Funktion von Nuklearwaffen innerhalb der NATO-Strategie das Wort zu reden.

Eckhard Lübke
*(Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung im
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung)*



K.-Peter Stratmann beansprucht, die besonders seitens der Friedensbewegung geäußerte Kritik an der „AirLand Battle“-Doktrin des US-Heeres Punkt für Punkt zu widerlegen und als völlig ungerechtfertigt auch hinsichtlich der angeführten poten-

tionellen politischen wie militärischen Konsequenzen für Strategie und Doktrin der NATO hinzustellen. Dabei interpretiert und bewertet er die neue US-Heeresdoktrin in einer Weise, die ich für politisch äußerst verharmlosend und sehr bedenklich halte. Eine Kritik an Stratmanns Argumentation Aussage für Aussage ist hier leider nicht möglich. Ich beschränke mich auf einige wesentliche Punkte.

Im Vorwort des Field Manual (FM) 100—5, in dem die AirLand Battle (ALB)-Doktrin niedergelegt ist, wird die volle Übereinstimmung der Führungs- und Einsatzgrundsätze dieser US-Heeresdienstvorschrift mit der gültigen NATO-Strategie und Doktrin betont. Dies mag aus amerikanischer Sicht zutreffen. Denn die ALB-Doktrin bringt ein altes, mit der Strategie der „Flexiblen Reaktion“ verbundenes Dilemma wieder verschärft zum Vorschein: die Strategie ist ein Kompromiß zwischen fundamentalen Interessensunterschieden der Bündnisvormacht USA und den westeuropäischen Alliierten.

Für die USA bedeutet die Strategie der „Flexiblen Reaktion“ in Europa vor allem die Schaffung wirksamer, militärisch weit aufgefächerter Kriegführungsoptionen unterhalb der strategischen Ebene. So soll auf möglichst vielen Konfliktebenen eine angemessene Reaktion ermöglicht werden, ohne zugleich eine schnelle Eskalation zum Allgemeinen Nuklearkrieg zu riskieren, welcher die Existenz der USA gefährdet.

Dagegen heben die Westeuropäer und besonders die Bundesrepublik aufgrund ihrer besonderen Lage vorrangig den Aspekt der Kriegsverhinderung durch Abschreckung sowie der schnellen Konfliktbeendigung zur Schadensbegrenzung hervor — und nicht die Kriegführungsoptionen. Für sie steht die Eskalationsandrohung der „Flexiblen Reaktion“ im Vordergrund, um die Anbindung an die strategische Ebene sicherzustellen und so Krieg durch die Androhung unbegrenzten Schadens überhaupt abzuschrecken. Denn jeder militärische Konflikt in Europa, auch ein konventionell begrenzter, würde die Existenzgrundlagen sowohl der west- als auch der osteuropäischen Staaten gefährden.

Vor diesem Hintergrund ist das ALB-Konzept aus dem Blickwinkel der USA eine konsequente militärisch-operative Ausgestaltung und damit Verbesserung der NATO-Strategie der „Flexiblen Reaktion“: die militärischen Handlungsmöglichkeiten in einem begrenzten (konventionellen und nuklearen) Konflikt werden erweitert. Dabei wird allerdings das Schwergewicht klar von der Reaktion auf die (militärische) Aktion verlegt, mit der Betonung von Offensive und Ergreifen der Initiative (vgl. TRADOC-Pamphlet 525—5, in: Die „AirLand Battle“-Doktrin, Militärpolitik Dokumentation, Nr. 34/35, S. 16).

Für die westeuropäischen NATO-Mitgliedstaaten wirft die ALB-Doktrin mit der in ihr enthaltenen Möglichkeit eines begrenzten Nuklearkrieges dagegen verschärft das Problem auf, ob die für die eigene Sicherheit als grundlegend angesehene Ankoppelung an das strategische Nuklearwaffenpotential der USA garantiert ist. Die neue US-Heeresdoktrin könnte in der Sicht der Westeuropäer eine solche Abkopplung eher erleichtern. Sie birgt zudem die Gefahr einer Senkung der Nuklearschwelle durch das Sub-Konzept des „integrierten Gefechtsfeldes“. Die von Bundesverteidigungsminister Wörner offiziell geäußerte Ablehnung der Gültigkeit des FM 100—5 für die NATO sowie für die amerikanischen Einheiten im NATO-Bereich Europa ist ganz offensichtlich Ausdruck dieser Befürchtungen (vgl. Woche im Bundestag (wib), Nr. 9/1983, S. 25).

Stratmanns Gesamtbewertung der ALB-Doktrin läuft dagegen auf eine Unterstützung der amerikanischen Interpretation des Zusammenhangs zwischen der „Flexiblen Reaktion“ und der ALB-Doktrin hinaus. Er versteht ALB als den Versuch, „bisherige Schwächen der NATO-Vorneverteidigung auszuräumen, ohne die Grundlagen dieses Konzepts und der NATO-Strategie der ‚flexible response‘ in Frage zu stellen (S. 29).

Daß sich die ALB-Doktrin keineswegs so bruchlos in die politischen und militärischen „Rahmenbedingungen“ der Strategie und Doktrin der NATO einfügt, wie es die Einschätzung von Stratmann unterstellt, belegen jüngste Äußerungen des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa (SACEUR) der NATO, General Rogers. Die von Kritikern gegenüber der ALB-Doktrin vorgebrachten und *begründeten* Einwände, die Stratmann pauschal als „sachliche Irrtümer und fundamentale Fehlteile“ abkanzelt und nur als „desinformierende Propaganda“ aus der Friedensbewegung verstanden wissen will, werden von Rogers offiziell bestätigt. Wesentliche Kernelemente der ALB-Doktrin werden von Rogers wie schon von den Kritikern als *nicht* mit der geltenden Strategie und Doktrin der NATO vereinbar beurteilt: die im Konzept des „extended battlefield“ angelegten präemptiven Offensivoperationen, der offensive „deep attack“ mit Landstreitkräften sowie das Konzept des „integrated battlefield“ (vgl. Wehrtechnik, Nr. 1/1985, S. 14, und Amerika-Dienst vom 19. 12. 1984, S. 10). Fundamentale Fehlteile des NATO-Oberbefehlshabers?

Stratmann müht sich mit einer erstaunlichen militärischen wie politischen argumentativen Akrobatik ab, um der Öffentlichkeit einen Interpretationsrahmen aufzudrücken, der die operativen Kernelemente der neuen US-Heeresdoktrin ausschließlich als eine Verbesserung des Elements der Vorneverteidigung innerhalb der Strategie der „Flexiblen Reaktion“ erscheinen lassen soll. Sein

zentrales Rechtfertigungsargument ist, daß die ALB-Doktrin nur ein operativ-taktisches Konzept sei und keine Militärstrategie formuliere. Stratmann übersieht, wohl — angesichts seiner sonstigen Veröffentlichungen — wider besseres Wissen, daß die ALB-Doktrin als militärisches Operationskonzept keineswegs im politisch luftleeren Raum steht und sozusagen strategie-neutral ist, wie er es zu suggerieren versucht. Vielmehr muß diese neue US-Heeresdienstvorschrift in dem grundlegenden Beziehungszusammenhang zwischen Politik und Militärstrategie und der faktischen Ausgestaltung dieses Verhältnisses durch entsprechende militärische Operationskonzepte gesehen und interpretiert werden.

Die Entwicklung und Formulierung des ALB-Konzepts ist *rückgebunden* an den durch politische Zielvorgaben vorbestimmten Inhalt der nationalen amerikanischen Militärstrategie. Dieser Kontext erzeugt die politische Brisanz der ALB-Doktrin für die NATO: Seit Ende der siebziger Jahre wurden in der amerikanischen Militärstrategie signifikante Änderungen mit zunehmend offensiver Tendenz vollzogen, vor allem unter der Reagan-Administration. Die Änderungen betonen konsequent das Prinzip der militärischen Überlegenheit und des militärischen Sieges, der Offensive gegenüber der Defensive, der Kriegführung gegenüber der Abschreckung (vgl. Michael T. Klare, *The Reagan Doctrine*, in: *Inquiry*, March/April 1984, S. 18—22, und Leslie H. Gelb, *Is The Nuclear Threat Manageable?*, in: *The New York Times Magazine*, March 4, 1984, S. 26—36, 65, 92). Die Folge einer solchen Orientierung ist die Entwicklung entsprechend offensiv orientierter militärischer operativer Doktrinen, wie z. B. der ALB-Doktrin (vgl. John L. Romjue, *The Evolution of the Air-Land Battle Concept*, in: *Air University Review*, May-June 1984, bes. S. 11). Da aber die nationale Militärstrategie der USA und daraus abgeleitete Operationskonzepte für ihre Landstreitkräfte nicht zwangsläufig identisch mit Doktrin und Strategie der NATO sind, enthält die offensiv ausgerichtete ALB-Doktrin sowohl taktische, operative als auch strategische Implikationen, die für die deklaratorisch defensiv ausgerichteten politischen wie militärischen Zielsetzungen der westlichen Allianz *grundsätzlich* problematisch sind.

Zwar formuliert das FM 100—5 keine Militärstrategie, worauf Stratmann richtig hinweist, aber einige Formulierungen dieser US-Heeresdienstvorschrift weisen durchaus strategische Bezüge auf („Eine einfache Formel für das Gewinnen von Kriegen gibt es nicht“, S. 1—1; „Das Ziel aller Kampfhandlungen ist die Vernichtung der gegnerischen Streitmacht“, S. 2—1). Stratmann versucht, diese Bezüge durch den Hinweis herunterzuspielen, das FM 100—5 konzentriere sich „nur“ auf das Gewinnen von Feldzügen und Schlachten oder Ge-

fechten, die aber in dem FM 100—5 selber in den übergeordneten Kontext des Gewinnens von *Kriegen* gestellt werden. Diese Betonung deckt sich auch mit dem dem FM 100—5 übergeordneten FM 100—1, auf das Stratmann ja eindringlich verweist. Demgegenüber ist in der Doktrin und Strategie der NATO bislang weder von dem Gewinnen von Kriegen noch von der völligen Zerstörung der gegnerischen Streitmacht die Rede. Ihrem deklaratorischen Selbstverständnis nach strebt die NATO *keinen* militärischen Sieg über die UdSSR/WVO an, sondern die Bewahrung oder Wiederherstellung der Integrität und Sicherheit ihres Territoriums. Die ALB-Doktrin reflektiert Kriegsziele, die sich von denen der NATO deutlich unterscheiden (vgl. dazu TRADOC-Pamphlet 525—5, in: *Militärpolitik Dokumentation* Nr.34/35, S. 16).

Stratmann kann das FM 100—5 für die NATO als *politisch* unproblematisch nur hinstellen, indem er diese Vorschrift aus ihrem eigentlichen politisch-strategischen Zusammenhang löst und als „nur“-operativ-taktisches Konzept künstlich zu isolieren versucht. Aber auch als „operational concept“ enthält das FM 100—5 der US Army äußerst problematische militärische Konsequenzen für die Operationsführung von Landstreitkräften der NATO mit signifikanten politischen Folgewirkungen. Die ALB-Doktrin ist keineswegs nur eine „spezifische Taktik der Vorneverteidigung“ der NATO, wie Stratmann behauptet. Die Führungs- und Einsatzgrundsätze dieser Doktrin beziehen sich auf die taktische *und operative* Ebene von Kriegführung. Auf der operativen Ebene, die ein Bindeglied zwischen dem taktischen und strategischen Bereich darstellt, geht es darum, durch Bewegungen größerer Heeresverbände (Korps, Armeen) strategische Ziele auf einem Kriegsschauplatz zu erreichen. Stratmann muß selber zugestehen, daß durch den über den Bereich der Taktik hinausreichenden Anspruch der ALB-Doktrin Probleme für den taktischen Rahmen des NATO-Konzepts der Vorneverteidigung entstehen. Er versucht das Problem durch die Behauptung herunterzuspielen, das FM 100—5 würde den von der Doktrin gesetzten Anspruch nur für den operativ-taktischen Bereich einlösen, und wirft den Kritikern ernsthaft vor, sie würden den weitergehenden Anspruch der ALB-Doktrin ernst nehmen. Der Anspruch des FM 100—5 reicht per definitionem auch nur bis auf die operativ-taktische Ebene, wo es um den Einsatz von Divisionen unter Führung eines Korps geht. Aber die US Army ist dabei, den in ihrer Doktrin erhobenen Anspruch für die operative Ebene von Kriegführung einzulösen. Entsprechende Führungs- und Einsatzgrundsätze werden in gesonderten „*Field Manuals*“ entwickelt, die in Kürze veröffentlicht werden dürften: FM 100—15, *Corps Operations* und FM 100—16, *Echelons Above Corps*, wobei letztere Vorschrift auch operativ-strategische Aspekte berührt.

Für die NATO wäre die Übernahme einer „Deep Attack“-Doktrin für den taktischen und operativen Bereich nach ALB-Muster, bei der ein wesentliches Element ein offensiv orientiertes „Maneuver Warfare“-Konzept ist, mit nachhaltigen Konsequenzen verbunden. Die ALB-Doktrin bedeutet implizit den Ruf nach Aufgabe des Prinzips der Vorverteidigung, die per Definition primär eine auf Abnutzung des Feindes durch Feuerkraft orientierte Doktrin ist. Bei dem ALB-Konzept geht es nicht um eine Vorverteidigung mit verstärkter Betonung auf Beweglichkeit (vgl. dazu John S. Doerfel, *The Operational Art of the AirLand Battle*, in: *Military Review*, May 1982, bes. S. 6). Vielmehr betont die neue US-Heeresdoktrin, Landstreitkräfte in taktischer und operativer Weise offensiv einzusetzen, was für die NATO den Übergang zu einer sehr offensiv geführten beweglichen Verteidigung oder zu einer Vorwärtsverteidigung nach WVO-Manier bedeuten würde, die hauptsächlich auf dem Territorium des Gegners stattfände. Dies wird auch von General Rogers als charakteristische Eigenart der ALB-Doktrin beschrieben. Ein derartiges militärisches Operationskonzept liefe auf einen grundlegenden Wandel in der Strategie des westlichen Bündnisses hinaus. Die politisch auferlegte defensive Strategie der Vorverteidigung auf dem Kriegsschauplatz schließt für die NATO faktisch ein taktisch und operativ offensiv „Maneuver Warfare“ favorisierendes Konzept wie ALB aus, was Befürworter solcher Konzepte auch als Hinderungsgrund anführen (vgl. Edward N. Luttwak, *The Operational Level of War*, in: *International Security*, Nr. 3, Winter 1980/81, S. 79).

Im übrigen verfügt jede militärische Streitkraft, die in der Lage ist, eine taktische und operativ bewegliche Verteidigung wirksam auszuführen, zugleich über bedeutende offensive Fähigkeiten. Der Übergang zu einem taktischen und operativen „Maneuver Warfare“-Konzept würde für die NATO zwangsläufig den Ausbau der Fähigkeit zu Offensivoperationen bedeuten. Mit seiner Rechtfertigungsinterpretation der ALB-Doktrin redet Stratmann dem Aufbau einer eigenen Offensivkapazität des Bündnisses das Wort. Im Hearing „Alternative Strategien“ des Deutschen Bundestages hat Stratmann bereits indirekt den „Aufbau einer Fähigkeit zur frühzeitigen Gegenoffensive mit Landstreitkräften“ der NATO befürwortet (vgl. seine Vorlage zum Hearing vom 17. 11. 1983). Militärisch hätte eine derartig offensiv ausgerichtete Verteidigungsstrategie der NATO sehr negative Konsequenzen für die Krisenstabilität in Europa (vgl. dazu John J. Mearsheimer, *Maneuver, Mobile Defense, and the NATO Central Front*, in: *International Security*, Nr. 3, Winter 1981/82, S. 120). Politisch birgt eine solche Strategie die Gefahr in sich, daß sie auch zu politisch offensiven Zwecken gegenüber der WVO genutzt werden könnte, was der „Strategie-Professor“ Huntington in dankens-

wertiger Deutlichkeit dargelegt hat (vgl. Samuel P. Huntington, *Conventional Deterrence and Conventional Retaliation in Europe*, in: *International Security*, Nr. 3, Winter 1983/84, S. 32—56).

Auch Stratmanns Einwand zur Entkräftung der ALB-Doktrin, die NATO habe ja schon längst eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“, überzeugt nicht und geht an den Realitäten vorbei. So ist die Bundeswehr nach dem Urteil etlicher militärischer Fachleute aufgrund ihrer Ausbildung, Streitkräftestruktur und Bewaffnung durchaus in der Lage, offensiven „Maneuver Warfare“ à la ALB durchzuführen. Und die US Army ist dabei, die von ihrer Doktrin geforderten militärischen Fähigkeiten aufzubauen (Army/Corps/Division 86-Konzepte). Diese beiden Armeen stellen den größten Teil der militärischen Schlagkraft der NATO bei den Landstreitkräften in Mitteleuropa dar.

Auch wenn der Übergang der NATO zu einer offensiv orientierten Verteidigungsstrategie nach Aussagen von Politikern und Militärs bedeutete, daß dies gänzlich defensiv gemeint sei, bleibt doch zu bedenken, daß auch die WVO-Staaten ihre Offensivkapazität defensiv begründen. Wenn Stratmann in Einklang mit der NATO-offiziellen Auffassung der WVO unterstellt, sie könne ihr militärisches Offensivpotential auch zu politisch wie militärisch offensiven Zwecken nutzen, dann hätte eine entsprechende Bedrohungsperzeption der WVO gegenüber einer offensivfähigen NATO auch ihre Berechtigung. Stratmanns Methode, die ALB-Doktrin unter Ausparung ihrer militärischen und vor allem politischen Konsequenzen abzuhandeln und zu rechtfertigen, ist meiner Ansicht nach daher schlicht politisch unverantwortlich. Ich halte es deshalb für politisch angebrachter, darüber nachzudenken, wie die NATO ihre defensiv orientierte Strategie mit einer entsprechenden Streitkräftestruktur und Bewaffnung in Einklang bringen kann, so daß eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit tatsächlich eingelöst wird. Dadurch würde die besonders für Europa wichtige Entspannungspolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung viel besser gefördert. Doktrinen wie ALB wirken hier kontraproduktiv.

Randolph Nikutta
(Berliner Projektverbund Berghof-Stiftung für Konfliktforschung an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften)



Es fällt mir schwer, auf die beiden Kommentare von Eckhard Lübke und Randolph Nikutta gänzlich unpolemisch zu antworten. Zu sehr sind sie bemüht, an der Argumentation meines Aufsatzes¹⁾ vorbeizuschreiben. Wie dessen Text

¹⁾ „AirLand Battle“ — Zerrbild und Wirklichkeit, B 48/84 v. 1. 12. 1984, S. 19—30.

zu entnehmen ist, wurde er in der Absicht verfaßt, dem sich im Sommer vergangenen Jahres abzeichnenden systematischen *politischen Mißbrauch* des AirLand Battle-Themas für die Agitationskampagnen des „Heißen Herbstes“ und darüber hinaus entgegenzuwirken. Mein Interesse war, den von den Strategen der „Friedensbewegung“ nach Kräften verbreiteten Eindruck zu korrigieren, „als versuche die amerikanische Regierung, im westlichen Bündnis eine neue, friedensgefährdende Militärstrategie durchzusetzen, eine ‚offensive Kriegsführungsdoktrin für das Schlachtfeld Europa‘“²⁾. Es sollte gezeigt werden, daß „dieser Eindruck im wesentlichen auf Mißverständnissen, Unkenntnis und Irreführung“³⁾ beruhte. Die Absicht lag also „nur darin, die Haltlosigkeit jener Mißdeutungen und jener im wahrsten Sinne des Wortes maßlosen Kritik zu erweisen, die in der Bundesrepublik einmal mehr die Strategiedebatte verzerrt und die mehr über deren eigene Misere aussagt als über den kritisierten Gegenstand“⁴⁾.

Indessen wurde mit dieser politisch motivierten Kritik der Kritik (die, nebenbei bemerkt, nicht „pauschal“, sondern sehr spezifisch argumentierte) nicht bezweckt, „die AirLand Battle-Doktrin und die auf ihr beruhende Führungsvorschrift der US-Army von Kritik auszunehmen“⁵⁾. Der Text stellt im Gegenteil klar: „Dafür gibt es keinen Grund, denn sie enthalten durchaus Aussagen, Einschätzungen und Empfehlungen, die mit kritischen Vorbehalten gesehen werden müssen.“⁶⁾ Meine eigene Reserve habe ich am Beispiel der Darstellung des „integrated battlefield“-Konzepts im FM 100-5 verdeutlicht⁷⁾ und außerdem generell darauf hingewiesen, „daß die AirLand Battle-Doktrin wegen ihrer globalen Perspektiven naturgemäß auch Vorstellungen und operative Varianten beschreibt, die im NATO-Kontext aus verschiedenen Gründen nicht anwendbar oder realisierbar sind. Darauf ist von General Rogers, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, und auch von offizieller deutscher Seite öffentlich hingewiesen worden“⁸⁾.

Mir ist unerfindlich, wie R. Nikutta trotz dieser Aussagen den Eindruck gewinnen konnte, als werde von mir „unterstellt“, „die“ ALB-Doktrin füge sich „bruchlos“ in die NATO-Strategie ein. Er mutmaßt sogar eine „Rechtfertigungsinterpretation“ dieser Doktrin, eine „Auftragsarbeit“ für das Verteidigungsministerium, die „die Rechtfertigungsmuster für eine Einführung der

„AirLand Battle“-Doktrin“ liefere. In diesem Zusammenhang hält er der Bundeszentrale für politische Bildung vor, sie habe die Arbeit in der vorliegenden Zeitschrift „sogar“ „einer sehr breiten Öffentlichkeit (!) kostenlos (!) zugänglich gemacht“⁹⁾.

Auch E. Lübckemeier verkennt anscheinend, daß es erklärtermaßen überhaupt nicht meine Absicht war, eine umfassende, abgewogene Bewertung der ALB-Doktrin im Hinblick auf eine *hypothetische uneingeschränkte Übertragung* auf NATO und Bundeswehr zu verfertigen. Vielmehr habe ich — allerdings wohl mit mäßigem Erfolg — zu begründen versucht, weshalb sich diese Frage in Wirklichkeit in dieser Form *gar nicht stellt*, die genannten Kritiker folglich gleichsam durch offene Türen gegen Windmühlenflügel anrennen.

Dabei kommt es auf folgende Punkte an:

1. Die NATO verfügt über eine gemeinsame Bündnisstrategie, die in Form von politischen Richtlinien, Verfahren, Operationskonzepten und zahlreichen Plänen konkretisiert worden ist. Die Gültigkeit dieser Strategie (und der Form ihrer praktischen Umsetzung) wird von keiner NATO-Regierung (und auch nicht von seiten der US-Army) in Frage gestellt.

2. Die ALB-Doktrin der US-Army formuliert in der Vorschrift FM 100-5 *nationale Grundsätze* für Ausbildung und Einsatz amerikanischer Heeresverbände, und zwar im Hinblick auf *alle vorstellbaren Konflikte*, d. h. für alle Weltgegenden und unter allen Kriegsbedingungen. Daraus folgt, daß diese Vorschrift *nicht ausschließlich* auf die spezifischen Bedingungen der NATO in Europa abheben kann.

3. Das FM 100-5 formuliert keine nationale amerikanische Militärstrategie, sondern beschränkt sich auf den *operativ-taktischen* Kontext des Einsatzes von Truppen auf Korps-Ebene und darunter. Seine Aussagen sind folglich *grundsätzlich ungeeignet*, um Behauptungen über angebliche Charakteristika einer solchen Strategie zu beweisen. Vielmehr müßten derartige Behauptungen mit hierarchisch angemessenen Quellen, Materialien und Analysen untermauert werden anstatt mit einer indiskutablen Methode der Erschleichung unzutreffender Begriffsinhalte aus einer Heeresdienstvorschrift für die mittlere Befehlsebene. Es sollte doch eigentlich einleuchten, daß den Wörtern „Sieg“, „Vernichtung“, „Entscheidung“, „Angriff“, „Tiefe“, „gegnerische Streitmacht“ etc. im operativ-taktischen Zusammenhang des Gefechts von Divi-

²⁾ Anm. 1, S. 19.

³⁾ Ebenda.

⁴⁾ Anm. 1, S. 29.

⁵⁾ Ebenda.

⁶⁾ Ebenda.

⁷⁾ Anm. 1, S. 25.

⁸⁾ Anm. 1, S. 23.

⁹⁾ Randolph Nikutta, Wer dagegen ist, hat was am Kopf. Eine neue Rechtfertigungsstrategie für „AirLand Battle“, in: taz Magazin v. 10. 12. 1984, S. 10—11. Der Titel spricht wohl für sich.

sionen und Korps — auf den das FM 100-5 *ausschließlich* abhebt — eine grundsätzlich andere Bedeutung eignet als im politisch-strategischen Zusammenhang. Und dieser klare Sachverhalt sollte nicht dadurch verwischt werden, daß vage politisch-strategische „Implikationen“ und „Konsequenzen“ bemüht werden, ohne sie stichhaltig abzuleiten.

Um es — gegen Lübckemeier, Nikutta und andere — knapp und deutlich zu wiederholen: Die Aussage des FM 100-5, daß es die Aufgabe des Kommandierenden Generals des Korps (bzw. seiner Untergebenen [the commander]) sei, durch Angriff (the offense) und die vollständige Zerstörung des von ihm bekämpften feindlichen Großverbands (an enemy force, the enemy force, the opposing force) den Feind zu schlagen (defeat the enemy), kann als Aufforderung gelesen werden, durch offensive Besetzung Osteuropas und der Sowjetunion sowie durch vollständige Vernichtung der Streitkräfte der UdSSR diese zu besiegen!

4. Sofern operative Varianten und Prinzipien, die das FM 100-5 enthält und befürwortet, mit der gültigen Strategie und Planung der NATO unvereinbar sind, haben letztere eindeutig den Vorrang. Dies geht aus der Vorschrift selbst hervor und ist innerhalb der Allianz gänzlich unbestritten. General Rogers und Sprecher der Bundesregierung haben wiederholt dargestellt, wo derartige Divergenzen bestehen:

— Die NATO hat sich darauf festgelegt, daß der „erste Schuß“ in keinem Fall von der eigenen Seite abgefeuert würde. Man würde erst reagieren, nachdem der Angriff der Gegenseite eindeutig begonnen hätte. Im Unterschied hierzu läßt die nationale ALB-Doktrin der USA die *Möglichkeit* zu, zuerst anzugreifen.

— Die NATO-Landstreitkräfte würden sich ausschließlich auf eigenem Territorium verteidigen. Vorstöße auf das Gebiet des Warschauer Pakts sind ihren Kommandeuren untersagt. Diese schwerwiegende Einschränkung enthält die ALB-Doktrin nicht. Sie *erlaubt* offensive Operationen gegen gegnerisches Gebiet.

— Die NATO hat Richtlinien und Konzepte für den Einsatz nuklearer Waffen entwickelt, die auf strikte politische Kontrolle abheben, den Erfordernissen „vorbedachter Eskalation“ Rechnung tragen und folglich der Vorstellung einer durch militärische Zwänge *dominierten* „nuklearen Feldschlacht“ keinen Raum geben. Hingegen läßt die ALB-Doktrin die *Möglichkeit* zu, nukleare und chemische Waffen nach deren politischer Freigabe nach ausschließlich taktischen Kriterien einzusetzen.

Der entscheidende Irrtum maßgeblicher Kritiker der ALB-Doktrin liegt darin, daß sie diese *abwei-*

chenden Möglichkeiten fälschlich als *in jedem Fall* gültige, zwingende Forderungen der ALB-Vorschrift ausgeben. Auf diese Weise erwecken sie den Eindruck, als gäbe es zwischen NATO-Strategie und FM 100-5 einen fundamentalen, *nicht überbrückbaren Gegensatz*. Diese Darstellung verbindet sich mit der bereits erwähnten Behauptung, die inkriminierten angeblichen Prämissen der ALB-Doktrin bezeichneten das Wesen einer „neuen amerikanischen Strategie“, die nach dem Willen der USA die NATO-Strategie ersetzen solle. Keine dieser Behauptungen trifft zu.

5. Um das konstruierte strategische Dilemma zu relativieren, habe ich nachzuweisen versucht, daß alle „konkreten, spezifischen Aussagen“ des FM 100-5 zur Operationsführung durchaus NATO-konform ausgelegt und angewendet werden können. Das Konzept des „erweiterten Gefechtsfelds“ entspricht in vielen Zügen gültigen Einsatzvorstellungen der NATO für das Gefecht auf Divisions- und Korpsebene. Und auch wesentliche Charakteristika des „integrierten Gefechtsfeldes“ finden sich bereits in Richtlinien und Planung der NATO verwirklicht¹⁰⁾.

6. Diese *Elemente der Übereinstimmung* werden von vielen Kritikern des FM 100-5, so auch von Nikutta und Lübckemeier, verkannt, weil von einer unzutreffenden Vorstellung der NATO-Strategie ausgegangen wird: Nikuttas These, die Vorverteidigung der NATO sei „per Definition (!) primär eine auf Abnutzung des Feindes durch Feuerkraft orientierte Doktrin“, ist noch nicht einmal eine Halbwahrheit. Und die Ausführungen beider über die nukleare Strategie der NATO sind relativ konfus und vom üblichen Informationsstand und Problembewußtsein entmutigend weit entfernt.

So stellt sich zum Beispiel die Frage, ob Nikutta dafür plädiert, die NATO-Strategie auf die Option einer „schnelle(n) Eskalation zum Allgemeinen Nuklearkrieg“ zu reduzieren. Hält er eine solche Drohung bei bestehendem nuklearen Kräfteverhältnis für glaubwürdig? Und glaubt er nicht auch, daß bei Versagen kriegsverhindern-

¹⁰⁾ Siehe hierzu die einschlägigen Aussagen in der NATO-Führungsvorschrift „Land Force Tactical Doctrine“ (ATP-35) vom April 1978, z. B. in § 503: „The employment of nuclear weapons on the battlefield is one of NATO's options. These weapons will be used as politically directed, either in response to enemy use or through deliberate escalation. Their use will have to be militarily effective in order to achieve NATO's political objectives. The nature and scale of employment will depend upon the specific situation.“ § 508: „In general, forces facing an enemy with a nuclear capability should be organized and deployed to fight in a conventional or a nuclear environment with a minimum period of transition.“ § 509: „Nuclear weapons alone will not necessarily be decisive on the battle-field. Conventional fire and manoeuvre must be integrated with nuclear operations.“

der Abschreckung die Verwirklichung dieser Drohung, d. h. die schnelle Auslösung des Weltuntergangs, dem Überlebensinteresse der Bundesrepublik ebensowenig entspräche wie dem der USA? Was also bezweckt der von ihm in dieser Frage konstruierte Interessengegensatz zwischen beiden Ländern? Insgesamt bleibt unklar, wieso Nikutta die NATO-Strategie zu verteidigen vorgibt, wenn er ihre Grundlogik, die Verfügung über angemessene Reaktionsmöglichkeiten, für besonders gefährlich erachtet.

Und schließlich: Warum macht Nikutta für die problematische Höhe der „Nuklearschwelle“ und den prekären Zustand der Kopplung des amerikanischen strategischen Potentials an die Verteidigung Europas die ALB-Doktrin verantwortlich, nicht jedoch die stetige nukleare und konventionelle Rüstungsanstrengung der UdSSR und deren offensive strategische Instrumentierung gegenüber dem westlichen Bündnis? Hätte er diesem Faktor nicht zumindest einen kleinen Hinweis widmen können?

Lübckemeiers Ausführungen über die nukleare Doktrin der NATO leiden daran, daß er einen *absoluten* Gegensatz zwischen dem „politischen“ und dem „militärischen“ Einsatz atomarer Waffen postuliert. Hingegen geht die Strategie der NATO davon aus, daß die politische Zielsetzung möglicher eigener atomarer Einsätze, die in jedem Falle unter politischer Kontrolle und Beschränkung erfolgen sollen, *unter Umständen* nur bei hinreichender militärischer Wirkung erreicht werden könnte. Die nuklearen Waffen der NATO in Europa sind seit sehr langer Zeit sogar ausschließlich gegen Ziele von militärischer Bedeutung eingeplant. Diese bekannte — aber für Lübckemeier wohl unannehmbare — Tatsache steht jedoch keineswegs im Widerspruch zu der richtigen Aussage, daß in der NATO-Strategie Nuklearwaffen als Mittel zum politischen Zweck der Kriegsverhinderung, -beschränkung und -beendigung begriffen werden und insofern als „politische Waffen“¹¹⁾. So gerechtfertigt Lübckemeiers Kritik an der Tendenz des FM 100-5 ist, mit dem Konzept des „integrierten Gefechtsfeldes“ Nuklearwaffen zu „entpolitisieren“ und zu „konventionalisieren“ — so irrt er jedoch, wenn er annimmt, die NATO

¹¹⁾ Siehe ausführlicher zu dieser verwickelten Problematik und als Einführung in die Literatur K.-Peter Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981; ders., Modernisierung und Dislozierung nuklearer Waffen in Europa: Mögliche Funktionen vereinbarter Beschränkungen bei der Stabilisierung der Abschreckung (SWP — AP 2337), Ebenhausen, Sept. 1982 (gekürzt abgedr. in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Die Einhegung sowjetischer Macht, Baden-Baden 1982, S. 421—453); ders., Zur politischen Bewertung des nuklearen Kräfteverhältnisses, in: Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, Baden-Baden 1984, S. 299—337.

habe bisher keine Überlegungen darüber angestellt, „wie das bestehende Potential militärisch sinnvoll gebraucht werden könnte“.

Aus dieser kurzen Wiederholung meiner Hauptargumente ist hoffentlich deutlich geworden, daß diese „Kritik der Kritik“ an der ALB-Doktrin kein Plädoyer für eine Änderung der NATO-Strategie bedeutet. Vielmehr halte ich diese Strategie nach Lage der Dinge für sicherheitspolitisch und auch militärisch optimal. Nicht anders als Lübckemeier habe ich seit langem die Auffassung vertreten, daß Forderungen nach einer „Gegenoffensivstrategie“ der NATO nach sowjetischem Vorbild äußerst unklug und unrealistisch sind und daß perfektionistischen Entwürfen einer „nuclear warfighting capability“ entschieden entgegenzutreten ist. Allerdings enthebt uns diese Haltung nicht der Aufgabe, die militärische Realisierbarkeit von „Vorneverteidigung“ und „Vorbedachter Eskalation“ gegen die wachsenden militärischen Fähigkeiten des Warschauer Pakts im konventionellen und nuklearen Bereich zu behaupten. In diesem Zusammenhang liefert auch die ALB-Doktrin wichtige Anstöße.

An den Stellungnahmen Lübckemeiers und Nikuttas fällt auf, daß sie sich mit der Aufzählung von *Postulaten* zufriedengeben, denen die NATO-Verteidigung entsprechen sollte: Sie muß erfolgreich abschrecken, ohne als Bedrohung wahrgenommen (oder dargestellt?) werden zu können, in einer Krise stabilisierend wirken, bei Versagen der Abschreckung erfolgreich die Integrität des eigenen Territoriums bewahren oder wiederherstellen, dies auf nicht-eskalatorische Weise und mit Schadensminimierung sowie bei schneller Beendigung des Krieges. Ob und wie diese höchst anspruchsvollen (und nicht gänzlich widerspruchsfreien) Postulate angesichts der Entwicklung des gegnerischen Militärpotentials, der militär-strategischen Zielsetzung der UdSSR für den Fall eines Krieges in Europa und der sich entwickelnden WP-Offensivoptionen neuer Art von der NATO *materiell realisiert* werden können, ist demgegenüber offenbar von geringem Belang. In erster Linie geht es — gut deutsch — um Prinzipien, und zwar vor allem um politische. Von dieser hohen Warte aus nehmen sich sogar zentrale Probleme der westlichen Militärstrategie und Einsatzplanung — das militärische Substrat von Sicherheitspolitik — als „militärtechnisch“ und Sorge minderer Geister aus. Die Dimension der destabilisierenden Herausforderung durch die sowjetische Rüstung in Europa schrumpft in dieser Mentalität allenfalls zur moralisierenden Ermahnung an amerikanische „AirLand Battle-Strategen“, nicht dem „schlechten Beispiel“ des sowjetischen Offensivdenkens zu folgen (da andernfalls das Porzellan

mit den geschätzten Teekannensprüchen abgeklärter deutscher Sicherheitspolitik häßliche Sprünge bekäme).

Lübke's Kritik, mein Aufsatz weise den Fehler auf, von den operativ-taktischen Aussagen der ALB-Doktrin auf eine defensive Orientierung der amerikanischen Militärstrategie zu schließen, trifft meine Argumentation nicht. Ich habe mich lediglich gegen die Behauptung deutscher Kritiker gewandt, die ALB-Doktrin sei oder charakterisiere „die“ amerikanische Strategie, und die teilweise Nicht-Identität dieser Doktrin mit den Grundsätzen der NATO belege die politische Absicht der USA, der NATO diese vermeintliche Strategie aufzudrücken. Hingegen habe ich mich einer Bewertung der eigentlichen Militärstrategie der USA enthalten. Eine solche Bewertung ist ausgesprochen schwierig, weil es bisher statt einer kohärenten Strategie lediglich eine sehr kontrovers debattierte Entwicklung strategischer Vorstellungen gibt. Und ich halte es für nicht erforderlich, für die Kritik der dokumentierten Verzerrungen in der deutschen Auseinandersetzung um „AirLand Battle“ diesen Prozeß mit einzubeziehen. Wollte man ihn analysieren und seinen Verlauf einschätzen, müßte eine Fülle von Material gesichtet werden: politische Grundsatzserklärungen des Präsidenten und seiner Berater, bestimmende Bedrohungsvorstellungen, Planungsleitlinien, Rüstungsprogramme, militärische Einsatzkonzepte und anderes mehr. Dabei müßten so gut wie möglich Substanz und politische Rhetorik, Programmatik und tatsächliche Fähigkeiten unterschieden, Friktionen und die verschiedenen Motive, Interessen und Ziele der am politischen Prozeß Beteiligten herauspräpariert werden. Statt dessen unternehmen beide erneut den untauglichen Versuch, den angeblichen Charakter der amerikanischen Militärstrategie so gut wie ausschließlich aus TRADOC-„pamphlets“, dem Wortlaut des FM 100-5 und durch Exegese der Artikel der mit ihm befaßten Obristen und Oberstleutnants abzuleiten. Es ist eine problematische Illusion, auf diese Weise ein „politisch-strategisches Vakuum“ ausfüllen zu können.

Allerdings kennt Nikutta ein solches Vakuum wohl ohnehin nicht. Sein Bild der amerikanischen Politik gründet fest im Vorurteil und ist durch Differenzierung nicht belastet. Er nimmt Änderungen dieser strategischen Politik wahr, die „konsequent das Prinzip der militärischen Überlegenheit und des militärischen Sieges, der Offensive gegenüber der Defensive, der Kriegführung gegenüber der Abschreckung“ betonen. In noch klarerer Sprache: „Das Militär in Verbindung mit einer offensiv militärischen Siegstrategie soll vorrangiges Instrument zur Verfolgung der außenpolitischen Interessen der

USA werden, um vor allem den ‚Erzfeind‘ UdSSR weltweit zurückzudrängen und um ihn auch im Falle eines strategisch-nuklearen Konflikts zu besiegen und als Gewinner hervorzugehen ... Der ‚Kult der Offensive‘ und die Betonung des militärischen Sieges durch die völlige Vernichtung des Gegners als ‚AirLand Battle‘-Philosophie gewinnen hier so über das Operativ-Taktische hinausgehend ihren gefährlichen politischen Inhalt, da sie auch allgemeine aggressive strategische Zielsetzungen widerspiegeln.“¹²⁾

Es soll hier nicht weiter über eine Parteilichkeit nachgesonnen werden, die der amerikanischen Politik eine Präferenz für die Führung von Kriegen gegenüber deren Verhinderung zuschreibt und die Entwicklung zu einer stärker offensiv akzentuierten Militärstrategie der USA mit aggressiven politischen Absichten gleichsetzt. Diese Deutungen sind nicht selten und werden in jedem Fall durch den „Minimalkonsens“ der Koordinatoren der deutschen „Friedensbewegung“ gedeckt. Delikat ist allerdings, daß in der gleichgesinnten Studie der GRÜNEN über AirLand Battle und Rogers Plan derartige Gleichsetzungen im Hinblick auf die Offensivstrategie der UdSSR kategorisch als unzulässig zurückgewiesen werden (ja sogar eine Darstellung dieser Strategie als Faktor für die Sicherheitspolitik der NATO mit dem Argument unterlassen wird, daß dies sehr schwierig sei und die Arbeit noch umfangreicher machen würde!)¹³⁾.

So schließt sich der Kreis. Wie zu Beginn dieser Stellungnahme erwähnt, gab (und gibt es noch immer) den orchestrierten Versuch, das AirLand Battle-Thema als Ersatz und Ergänzung für das Raketen-Thema als Instrument zu nutzen, um in der Bundesrepublik bestimmte Zielgruppen der Bevölkerung gegen die westliche Sicherheitspolitik aufzubringen. Mit welcher organisatorischen Kompetenz und politischen Skrupellosigkeit dabei vorgegangen wird, illustrieren die Festmeter an stereotypem Agitationsschund zu „AirLand Battle“ und den „neuen amerikanischen Strategien“, die sich im vergangenen Herbst über das „Fulda gap“ und andere Gegenden dieser Republik ergossen haben¹⁴⁾. Der Anspruch der „Friedensbewegung“, auf diese Weise „Bewußtsein zu bilden“, kann nur beunruhigen.

*K.-Peter Stratmann
(Stiftung Wissenschaft und Politik,
Ebenhausen)*

¹²⁾ Nikutta, Wer dagegen ist ... (Anm. 9), S. 10.

¹³⁾ DIE GRÜNEN im Bundestag (Hrsg.), Angriff als Verteidigung, Bonn-Hamburg 1984, S. A 85, A 17.

¹⁴⁾ Ich bin dabei, hierzu für eine Buchveröffentlichung über die ALB-Kontroverse eine repräsentative Dokumentation zusammenzustellen. Für Hinweise aus dem Kreis der Leser auf entsprechendes Material wäre ich deswegen sehr dankbar.

Horst Teltschik: Aspekte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Ost-West-Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/85, S. 3—13

Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland bedingen sich wechselseitig. Stabilität nach innen bleibt ein wichtiges Kapital für die Außenpolitik. Außenwirtschaftsinteressen müssen ebenfalls integraler Bestandteil deutscher Außenpolitik sein. Die unge löste deutsche Frage erfordert eine Politik, die innenpolitisch konsensfähig ist. Sie erfordert die Mitwirkung unserer Nachbarn in Ost und West.

Der Ost-West-Konflikt ist nach wie vor ein dominierender Faktor in der internationalen Politik. Das Konkurrieren der Sowjetunion auf Weltmachebene bewirkt ein regionales Ungleichgewicht in Europa und tangiert damit die politische Stabilität und Sicherheit Westeuropas, vor allem die der Bundesrepublik Deutschland, ständig. Aktive deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist daher unabdingbar.

Eine aktive deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muß konstruktiv auf die Ost-West-Beziehungen eingehen. Ständige Vorsorge für die äußere Sicherheit auf der einen, Dialog, Zusammenarbeit und Verhandlungen auf der anderen Seite sind die Hauptelemente einer solchen Politik. Sicherheit durch Gleichgewicht und durch glaubhafte Abschreckung bildet — auch in Zukunft — die Basis für Frieden und Freiheit in Europa. Der Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit der Allianz ist daher eine ständige Aufgabe. Integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik bleiben die Rüstungskontrollverhandlungen zwischen West und Ost auf allen Ebenen.

Vor dem Hintergrund des unverzichtbaren Dialogs der Großmächte wird die Bundesregierung weiterhin ihren Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konflikts leisten. Deutsche Ostpolitik muß realistisch sein, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen erfolgen und eine europäische Perspektive haben. Die Fortführung des KSZE-Prozesses und substantielle Fortschritte in der politischen Zusammenarbeit Europas sind essentiell für dieses Konzept, das Europa politisch grundlegend verändern könnte, nicht zuletzt im Hinblick auf die deutsche Frage.

Dettmar Cramer: Ostpolitik auf der Waage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/85, S. 14—22

Die Ost- und Deutschlandpolitik hat den Regierungswechsel 1982 — zur Überraschung vieler — unbeschadet überstanden. Auch die NATO-Nachrüstung und die damit einhergehende allgemeine Zuspitzung des Ost-West-Verhältnisses in den Monaten danach brachte keine unmittelbare Verschlechterung der Lage zwischen beiden deutschen Staaten. Bundeskanzler Kohl hatte zuvor in Moskau die Position Bonns erläutert und mit Nachdruck vertreten.

Im deutsch-deutschen Verhältnis galt das von SED-Generalsekretär Honecker geprägte Wort von der Schadensbegrenzung. In Verfolg dieser Politik gelangt es sogar, im Juli 1984 einige weitere Reiseerleichterungen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu vereinbaren.

Auch die Verschärfung der innenpolitischen Situation in Polen durch das im Dezember 1981 verhängte Kriegsrecht war ohne Folgen geblieben. Im Gegenteil: Die spontane Hilfsbereitschaft vieler Deutscher zeigte im Lande ihre Wirkung. Auch gegenüber den anderen sozialistischen Staaten wurde die bisherige Politik, auch Entspannungspolitik genannt, fortgesetzt.

Erst im Zuge der Reisevorbereitungen Honeckers in die Bundesrepublik traten öffentlich sichtbare Interessensunterschiede zwischen Ost-Berlin und Moskau zutage; deren Ursachen liegen freilich tiefer, abgesehen vom generellen Mißtrauen der Sowjets gegenüber „ihren“ Deutschen.

Mit der zunehmenden Diskussion bei uns über die „offene deutsche Frage“, — über die Grenzen Deutschlands nach dem Stand des Jahres 1937 und vor allem die Auseinandersetzungen um das Motto für das diesjährige Schlesiertreffen wurden erstmals unterschiedliche, ja gegensätzliche Akzente in der Ost- und Deutschlandpolitik der christlich-liberalen Koalition deutlich.

Arnold Hottinger: Rahmenbedingungen deutscher Nahostpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/85, S. 23-27

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten haben sich nach dem Rückschlag des Abbruches der Beziehungen durch die Arabische Liga (1964 bis 1973) positiv entwickelt. Doch kann man nicht sagen, daß die Bundesrepublik oder die EG eine Nahostpolitik besäßen. Eine solche müßte die zentrale Frage angehen, deren Lösung für die Europäer eigentlich noch wichtiger wäre als für die Amerikaner: den permanenten Spannungs- und periodischen Kriegszustand zwischen den Israelis und Arabern zu überwinden. Die derzeitige Lage nämlich bringt bedeutende Gefahren für Europa mit sich: eine weltweite Kriegsgefahr; jene eines atomaren Krieges im Nahen Osten; Risiken für die Ölversorgung; Gefährdung der Transitwege nach dem Fernen Osten; wachsende Einflußnahme der Sowjetunion; permanente Instabilität in der arabischen Welt und mit ihr geringe Entwicklungsaussichten. Die Erklärung der EG von Venedig gab zwar die Richtung an, in der eine Lösung gesucht wird. Doch eine konkrete Politik, die sich an dieser Erklärung ausrichtete, ist bisher nicht zustande gekommen. Daß die Bundesrepublik allein eine solche Politik versuchen könnte, ist kaum denkbar. Der israelische Einfluß, der aufgrund der Vergangenheit Deutschlands besteht, würde sich dem widersetzen. Auch eine EG-Politik, die darauf ausginge, Druck auf Israel im Sinne der Erklärung von Venedig auszuüben, dürfte schwer zu verwirklichen sein. Sie liefere Gefahr, die Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA noch zu verstärken und Spaltungen in das NATO-Bündnis zu bringen. Der wichtigste Weg für eine Nahostpolitik der Bundesrepublik und der EG wäre deshalb jener einer Einwirkung auf Washington, um dort eine ausgeglichene Haltung im Nahostkonflikt zu erreichen. Denn eine allzu einseitige Bindung der USA an Israel könnte bewirken, daß die Europäer sich am Ende — entgegen ihren eigenen Interessen — in eine Konfrontation eingebunden finden zwischen Israel und den USA einerseits sowie einer mit der Sowjetunion verbündeten arabischen Welt andererseits.